

Deutsche Wissenschaft seit dem 7. Oktober: Selbstzensur und Einschränkungen unter Forschenden mit Nahostbezug

Jannis Julien Grimm, Sven Chojnacki, Nina Moya Schreieder, Iman El Ghoubashy, Thaddäa Sixta

Die Studie widmet sich der Frage, wie Wissenschaftler*innen in Deutschland mit Arbeitsbezug zum Nahen Osten die Thematisierung von Israel und Palästina in Forschung, Lehre und öffentlicher Debatte seit dem 7. Oktober 2023 erfahren. Auf Grundlage einer systematischen Online-Erhebung untersucht sie disziplinübergreifend die Wahrnehmung von Einschränkungen, Praktiken der Selbstzensur sowie perzipierte Formen institutionellen Drucks. Die Befunde deuten auf eine deutliche Intensivierung der politischen Sensibilitäten hin, die die wissenschaftliche Arbeit in einschlägigen Disziplinen prägen und die Grenzen akademischer Freiheit neu verhandeln. Sichtbar wird dabei ein Spannungsfeld zwischen dem normativen Anspruch offener Debatten und der faktischen Erfahrung von Diskursverengung, Anfechtungen und Sanktionierung. Zugleich wird der Schutz pluraler Meinungsäußerung von den Befragten als zentrale Aufgabe akademischer Institutionen hervorgehoben. Die Ergebnisse korrespondieren mit US-Erhebungen des Middle East Scholar Barometer und liefern erstmals systematische Evidenz für den deutschen Kontext.

Dr. Jannis Julien Grimm leitet die Forschungsgruppe „Radical Spaces“ am Zentrum für interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung (INTERACT) der Freien Universität Berlin und ist Projektleiter der vorliegenden Umfrage. Prof. Dr. Sven Chojnacki leitet den Arbeitsbereich Friedens- und Konfliktforschung am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität und ist Sprecher des INTERACT Zentrums; Nina Moya Schreieder war als assoziierte Wissenschaftlerin der Forschungsgruppe „Radical Spaces“ verantwortlich für die statistische Auswertung der vorliegenden Umfrage. Iman El Ghoubashy und Thaddäa Sixta sind wissenschaftliche Mitglieder der INTERACT-Nachwuchsgruppe „Radical Spaces“. Kontakt: radicalspaces@interact.fu-berlin.de / <https://www.interact.fu-berlin.de/>.

The Peace and Conflict Research Working Papers are published by the Research Unit for Peace and Conflict Studies at the Otto Suhr Institute of Political Science at Freie Universität Berlin. Within the framework of the working paper series, the research unit publishes the results of ongoing research projects with the aim of promoting the exchange of ideas and scientific debate. The inclusion of a paper in the working paper series does not preclude its later publication elsewhere. Copyright remains with the authors.

Arbeitsbereich Friedens- und Konfliktforschung
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Freie Universität Berlin
Innstraße 26 / 14195 Berlin, Germany
Web: www.polsoz.fu-berlin.de/frieden

ISSN: folgt

Grimm, J., S. Chojnacki, N. Moya Schreieder, I. El Ghoubashy und T. Sixta. 2025. *Deutsche Wissenschaft seit dem 7. Oktober: Herausforderungen und Trends*. Working Papers Peace & Conflict Research, 2, Freie Universität Berlin.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Bisherige Forschung	4
Methodik	6
<i>Durchführung und Response-Rate</i>	<i>7</i>
<i>Mögliche Limitationen</i>	<i>8</i>
Ergebnisse	9
<i>Wahrgenommene Bedrohungen der Wissenschaftsfreiheit</i>	<i>9</i>
<i>Starke Selbstzensur</i>	<i>12</i>
Status und Selbstzensur	16
Persönlicher Bezug der Befragten und Selbstzensur	19
Familienbiografie und Selbstzensur	20
Disziplinäre Unterschiede bei Selbstzensur	21
<i>Wahrgenommener Institutioneller Druck und Bedrohungserfahrungen</i>	<i>23</i>
<i>Positionierung von Wissenschaftler*innen zu aktuellen Kontroversen</i>	<i>24</i>
Konsens bei Waffenstillstand, Schutz jüdischen Lebens und akademischem Boykott	24
Differenzen bei Widerstand gegen die israelische Besatzung und Israels Recht auf Selbstverteidigung	27
Umgang mit Hochschulprotesten	29
<i>Wahrnehmung öffentlicher und fachlicher Debatten</i>	<i>30</i>
<i>Bedrohungspereptionen und Empathie</i>	<i>32</i>
Unterschiedliche Empathiewahrnehmungen	32
Politische Position und Bedrohung jüdischer Studierender	35
Politische Position und Bedrohung arabischer Studierender	38
<i>Transnationaler Vergleich</i>	<i>40</i>
<i>Zusammenfassung und vorläufige Schlussfolgerungen</i>	<i>41</i>
Literatur	43



Einleitung

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Gewalt und Konflikten im Nahen Osten gehört zu den zentralen Aufgaben der Friedens- und Konfliktforschung, der Internationalen Beziehungen und der Regionalstudien. Forschende in diesen Bereichen leisten einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Historizität von Gewalt und den komplexen konfliktiven Dynamiken in und zwischen Israel und Palästina. Gleichzeitig sehen sie sich jedoch in besonderem Maße politischen Sensibilitäten, Anfeindungen und zum Teil erheblichen Einschränkungen ihrer Forschungsfreiheit ausgesetzt. Hinweise auf Selbstzensur, aber auch auf perzipierte oder tatsächliche Restriktionen, haben in den vergangenen Monaten an Evidenz gewonnen.

Seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der darauffolgenden israelischen Militärintervention im Gazastreifen haben sich diese Spannungen, wie diese Erhebung aus Sicht der befragten Wissenschaftl*innen nachdrücklich zeigt, deutlich verschärft. Hochschulen in Deutschland wie in den USA gerieten in den Mittelpunkt heftiger öffentlicher Kontroversen: diskutiert wurden die Stellungnahmen von Universitätsleitungen zum Gaza-Krieg, das politische Verhalten von Studierendengruppen, Fragen des Antisemitismus an Hochschulen und die Grenzen zulässiger pro-palästinensischer Positionierungen. Dabei blieb bislang eine Perspektive weitgehend unbeachtet – diejenige der Wissenschaftler*innen, die tagtäglich zu Themen des Nahen Ostens lehren und forschen und die durch die Debatten direkt betroffen sind.

Vor diesem Hintergrund verfolgt die vorliegende Studie das Ziel, die Erfahrungen und Einschätzungen dieser Forschenden systematisch sichtbar zu machen. Aufbauend auf einer standardisierten Umfrage richtet sie den Blick auf Fragen wie:

- Wie nehmen Wissenschaftler*innen die Polarisierung auf dem Campus nach dem 7. Oktober wahr?
- In welchem Maße fühlen sie ihre Rede- und Forschungsfreiheit geschützt oder eingeschränkt?
- Wie erleben sie die politischen Auseinandersetzungen im Umfeld ihrer Studierenden?
- Und welche Formen der Selbstzensur haben sich im aktuellen Klima etabliert?¹

Die Untersuchung soll dazu beitragen, das Ausmaß und die Zusammenhänge von Selbstzensur und perzipierten Einschränkungen wissenschaftlicher Freiheit in Deutschland empirisch-systematisch zu erfassen. Auf diese Weise möchte sie nicht nur eine fundierte Grundlage für die weitere Debatte schaffen, sondern auch Ansatzpunkte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Forscher*innen aufzeigen.

¹ Selbstzensur wird in dieser Studie operational verstanden als bewusste Zurückhaltung oder Modifikation wissenschaftlicher Äußerungen aufgrund antizipierter negativer Konsequenzen, unabhängig davon, ob diese Konsequenzen tatsächlich eintreten würden.



Bisherige Forschung

Fragen nach akademischer Redefreiheit und Selbstzensur werden international seit einigen Jahren systematisch untersucht. Besonders prägend sind die Studien des Middle East Scholar Barometer (MESB), das von Shibley Telhami und Marc Lynch an der University of Maryland koordiniert wird (Telhami und Lynch 2025). In regelmäßigen Befragungen von Nahostforscher*innen in den USA und international zeigt sich ein deutliches Muster: Ein erheblicher Anteil der Befragten gibt an, sich in Fragen zu Israel und Palästina in der wissenschaftlichen Lehre und Forschung einschränken zu müssen. In der jüngsten Welle der Erhebung (Anfang 2025) erklärten rund 76 Prozent der Befragten, dass sie in einer professionellen Funktion das Bedürfnis nach Selbstzensur empfinden – in den USA sogar knapp 80 Prozent. Besonders heikel ist die Kritik an Israel: 84 Prozent derjenigen, die Selbstzensur berichten, sehen hier das größte Risiko. Als Gründe nennen die Befragten vor allem Druck durch externe Lobbygruppen (56 Prozent), Befürchtungen im Hinblick auf die Campus-Kultur (44 Prozent) sowie disziplinarische Maßnahmen durch Universitätsleitungen (37 Prozent).

Diese Befunde unterstreichen, dass akademische Freiheit nicht nur durch formale Zensur, sondern auch durch subtile soziale, institutionelle und politische Mechanismen unter Druck gerät (Grimm und Saliba 2017; Latif 2014; Cole 2017; Seeger u. a. 2024). Der Barometer zeigt außerdem, dass die Lage seit dem 7. Oktober 2023 für viele Wissenschaftler*innen „die schlimmste oder eine der schlimmsten“ Phasen ihrer Karriere darstellt (Lynch 2025). Mehr als 40 Prozent berichten von neuen institutionellen Restriktionen, etwa durch Auflagen für Proteste oder Sprachregelungen, und eine Mehrheit erwartet, dass sich diese Dynamiken unter der aktuellen US-Regierung weiter verschärfen.

Auch in Deutschland wird die Debatte um Wissenschaftsfreiheit zunehmend intensiv geführt (Mauthofer und Grimm 2025; Schäfer 2024; Hüther und Hüther 2023; Blumenthal und Ziegler 2025; Olbrisch 2025). Mit dem Kurzbericht zur akademischen Redefreiheit liegt seit 2024 erstmals eine repräsentative Studie zu diesem Thema vor (Fabian u. a. 2024). Befragt wurden über 9.000 Wissenschaftler*innen unterschiedlicher Statusgruppen und Fächer. Die Ergebnisse zeichnen ein ambivalentes Bild: Einerseits bewerten fast 80 Prozent den Zustand von Autonomie und Forschungsfreiheit im Wissenschaftssystem insgesamt positiv. Andererseits berichtet ein relevanter Teil von direkten oder indirekten Erfahrungen mit Einschränkungen. So geben etwa 17 bis 20 Prozent an, sich in der Themenwahl oder Veröffentlichung von Forschungsergebnissen nicht frei zu fühlen (Fabian u. a. 2024, 10). In der Lehre fühlen sich knapp ein Viertel bei der Themenwahl eingeschränkt, und fast die Hälfte sieht ihre Freiheit bei der Gestaltung von Lehrformaten begrenzt. Besonders häufig treten Einschränkungen in Geistes- und Sozialwissenschaften auf, wo Befragte überdurchschnittlich oft von inhaltlicher Kritik, moralischer Abwertung oder beruflichen Problemen berichten. Im Unterschied zum MESB, das stark auf die politischen Sensibilitäten rund um den Nahostkonflikt fokussiert, nimmt der deutsche Bericht ein breiteres Spektrum kontroverser Themen in den Blick – von Antisemitismus-Debatten bis hin zu ethisch strittiger Forschung. Dennoch zeigen sich Parallelen: Auch in Deutschland äußern Wissenschaftler*innen die Erwartung, dass bestimmte



Themen in Forschung und Lehre negative Konsequenzen nach sich ziehen können, und passen ihr Verhalten entsprechend an.

Eine weitere wichtige empirische Grundlage liefert die repräsentative KAPAZ-Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, die erstmals systematisch das Ausmaß und die Formen von Anfeindungen gegenüber Forschenden in Deutschland untersucht (Blümel und Just 2024). Auf Basis einer Zufallsstichprobe von rund 2.600 Wissenschaftler*innen unterschiedlicher Statusgruppen und Disziplinen wird deutlich, dass Wissenschaftsfeindlichkeit ein verbreitetes Phänomen darstellt: Nahezu die Hälfte der Befragten berichtet, bereits persönliche Anfeindungen erfahren zu haben. Diese reichen von vergleichsweise alltäglichen Formen wie herablassenden Kommentaren oder dem Anzweifeln wissenschaftlicher Kompetenz bis hin zu Hate Speech, Silencing, Drohungen und in seltenen Fällen physischen Angriffen. Besonders häufig werden Vorfälle aus den Geistes- und Sozialwissenschaften berichtet. Doch zeigt sich insgesamt, dass Forschende aller Disziplinen und Karrierestufen betroffen sein können. Bemerkenswert ist zudem, dass Anfeindungen nicht ausschließlich von außen, sondern auch aus dem Kreis der akademischen Gemeinschaft selbst ausgehen.

Die Studie belegt zugleich, dass diese Angriffe gravierende Folgen für die Wissenschaftskommunikation und den innerakademischen Austausch haben. Zahlreiche Befragte berichten von Verunsicherung und einer vorsichtigeren öffentlichen Positionierung, manche ziehen sich gänzlich aus Debatten zurück. Damit bestätigt KAPAZ die enge Verbindung zwischen Anfeindungen, dem Gefühl mangelnder Schutzstrukturen und Praktiken der Selbstzensur. Zugleich verweist sie auf institutionelle Gegenmaßnahmen: Neben der Einrichtung des bundesweiten SciComm-Supports werden Trainings, Leitlinien und Beratungsangebote entwickelt, um Forschende zu stärken und das Wissenschaftssystem resilienter gegenüber Angriffen von außen wie innen zu machen. Zusammengenommen verdeutlichen diese Studien, dass Gefährdungen wissenschaftlicher Freiheit ein vielschichtiges Phänomen sind, das sich aus unterschiedlichen Quellen speist: politisch-sensiblen Themenfeldern, strukturellen Restriktionen innerhalb des Wissenschaftssystems und gezielten Anfeindungen durch externe oder interne Akteure. Was jedoch bislang fehlt, ist eine systematische Erhebung, die diese Dimensionen für den spezifisch deutschen Kontext des Nahostdiskurses zusammenführt.

Bestehende Studien verdeutlichen, wie Forschung zu Themen mit hoher Politisierung – etwa zum Klimawandel, Impfstoffen, Gender, oder Migration (Nogrady 2021; Grimes 2019; Nisbet u. a. 2015; Goldenberg 2021; Väliverronen und Saikkonen 2021; Anderson und Huntington 2017; Samoilenko und Cook 2024; Rosenstock und Lee 2002; Grimm u. a. 2020) – in überdurchschnittlichen Maße von Wissenschaftsfeindlichkeit betroffen sind. Gerade weil Fragen zu Israel und Palästina in Deutschland in einzigartiger Weise mit historischer Verantwortung, politischer Sensibilität und öffentlicher Polarisierung aufgeladen sind (Marwecki 2020; Wiener 2024; Ullrich 2012), lassen sich Befunde aus den USA nur bedingt übertragen und greifen allgemeine Studien wie Fabian et al. oder KAPAZ zu kurz. Genau an dieser Schnittstelle setzt die hier vorgestellte Untersuchung an, indem sie spezifisch nach den Erfahrungen



deutscher Wissenschaftler*innen fragt, die zu Israel und Palästina forschen und damit besonders exponiert sind. Die zugeschnittene Befragung ermöglicht es, die fachspezifischen besonderen Dynamiken von Selbstzensur, empfundenem institutionellem Druck und selbst erfahrener Anfeindung im deutschen Hochschulsystem sichtbar zu machen und damit eine zentrale Forschungslücke zu schließen.

Zudem liefert sie Befunde zu den weitgehend untererforschten Effekten von Diskursverengung, Hass und Bedrohung, sowie perzipierten Einschränkungen von Wissenschaftsfreiheit auf das individuelle Verhalten von Forschenden und Lehrenden (Seeger u. a. 2024; Dreißigacker u. a. 2024; Wachs u. a. 2022). Wie die vorliegende Studie belegt, sind Selbstzensur sowie Bedrohungs- und Einschränkungserfahrungen unter Wissenschaftler*innen in Deutschland, deren Arbeit im fachlichen Bezug zu politischen Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika steht, kein Randphänomen, sondern berühren den Kern ihrer wissenschaftlichen Praxis.

Methodik

Die Untersuchung basiert auf einer standardisierten Umfrage unter Wissenschaftler*innen an deutschen Universitäten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Think- und Do-Tanks. Ziel war es, Wahrnehmungen, Einstellungen und Erfahrungen im Zusammenhang mit der Thematisierung von Israel/Palästina seit dem 7. Oktober 2023 zu erfassen. Die erhobenen Daten wurden quantitativ-statistisch ausgewertet; ergänzend wurden qualitative Freitextantworten thematisch analysiert und kontextualisiert.

Die Grundgesamtheit der Umfrage ist definiert: alle in Deutschland tätigen Wissenschaftler*innen mit nachweisbarem fachlichem Bezug zur MENA-Region bzw. Israel/Palästina. Für diese klar umrissene Zielpopulation ist eine purposive Sampling methodisch angemessen, da ein Zufallssample „der Wissenschaft insgesamt“ die Fragestellung verfehlen würde. Der Sampling-Frame wurde systematisch aus öffentlich zugänglichen, nachvollziehbaren Quellen erstellt, darunter institutionelle Webseiten und einschlägige Fachgesellschaften, und in einem internen Review auf Konsistenz geprüft. Auswahlgrundlage bildeten unter anderem Mitgliederlisten der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Vorderer Orient (DAVO) sowie die offiziellen Webseiten wissenschaftlicher Institutionen. Insgesamt wurden die Web-Auftritte von 108 Universitäten, 6 pädagogische Hochschulen, 16 theologische Hochschulen, 52 Kunsthochschulen, 210 Fachhochschulen und 30 Verwaltungsfachhochschulen, 119 akademische Think Tanks sowie 36 Think- und Do-Tanks konsultiert. Auf diese Weise konnten Angaben zu Position, Forschungsgebieten und Publikationen überprüft und thematische Relevanz sichergestellt werden.

Teilnahmeberechtigt waren ausschließlich Personen mit mindestens einem Bachelorabschluss und einer aktiven wissenschaftlichen Betätigung in Forschung, Lehre oder wissenschaftlicher Politikberatung. Studierende, Hilfskräfte und sonstige Projektmitglieder von For-



schungsprojekten wurden nur berücksichtigt, sofern sie als wissenschaftliche Mitarbeiter*innen oder in vergleichbarer Position beschäftigt waren. Die berücksichtigten Disziplinen beinhalten einen breiten Querschnitt der deutschen Wissenschaft und umfassen unter anderem die Islamwissenschaft, Jüdische Studien, Politik- und Sozialwissenschaft, Geschichte, Migrationsforschung, Publizistik sowie Friedens- und Konfliktforschung, sofern ein direkter Bezug zur MENA-Region oder zum Israel/Palästina-Konflikt vorlag. Über die Hochschulen hinaus wurden außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sowie wissenschaftliche Think Tanks einbezogen, da sich die Fragestellung nicht auf Universitäten beschränkt, sondern auf die wissenschaftliche Arbeit zu Israel und Palästina in Deutschland insgesamt. Diese Institutionen sind zentrale Orte der Wissensproduktion, der Politikberatung und der öffentlichen Wissenschaftskommunikation in diesem Feld. Zugleich unterliegen sie teils anderen Anreiz- und Druckstrukturen, etwa stärkerer Drittmittel- und Mandatsbindung, kürzeren Projektzyklen und höherer medialer Sichtbarkeit, was für Analysen zu Selbstzensur, Anfeindungen und institutionellem Druck relevant ist. Ihre Einbeziehung reduziert eine mögliche Campus-Verzerrung, erhöht die externe Validität der Befunde und ermöglicht institutionelle Vergleichsanalysen.

Die thematische Passung blieb strikt: Berücksichtigt wurden nur Personen mit mindestens Bachelorabschluss und aktueller wissenschaftlicher Tätigkeit in Forschung, Lehre oder wissenschaftlicher Politikberatung sowie nachweisbarem Bezug zur MENA-Region beziehungsweise zu Israel oder Palästina. Die Validierung dieses fachlichen Bezugs zur MENA-Region erfolgte über die offiziellen Profilseiten der Adressat*innen auf den Webseiten ihrer jeweiligen Forschungseinrichtungen, anhand derer Position, Titel, Forschungsgebiete und Publikationen überprüft wurden. Personen, die nur einmalig im Rahmen einer Mitarbeit an einem Forschungsprojekt zu einem MENA-Land geforscht hatten, deren primäre Forschungsschwerpunkte jedoch in anderen Regionen lagen, wurden ausgeschlossen. Der erstellte Adressat*innenpool wurde in einem internen Review-Verfahren überprüft, um eine Mehrfachauswahl zu verhindern und Konsistenz bei der Identifikation eines fachlichen Bezugs sicherzustellen.

Durchführung und Response-Rate

Die Umfrage wurde im Zeitraum von Anfang April bis Ende Mai 2025 als anonyme Online-Befragung durchgeführt. Die Teilnahme war freiwillig, Teilnahmelinks waren personalisiert, um Mehrfachnutzung zu verhindern. Die Bearbeitungszeit des Fragebogens betrug etwa 15 Minuten. Insgesamt umfasste der Fragebogen 36 Items, die sowohl geschlossene (Skalen, Mehrfachauswahl) als auch offene Formate enthielten. Die durchschnittliche allgemeine Response-Rate für den gesamten Fragebogen lag bei rund 22 Prozent.² Die Spannweite der

² Die Response-Rate von 22 Prozent entspricht üblichen Werten bei Befragungen zu politisch sensiblen Themen. Dennoch können systematische Verzerrungen nicht ausgeschlossen werden, da möglicherweise besonders sensibilisierte oder betroffene Wissenschaftler*innen überproportional teilgenommen haben. Die Befunde sollten daher als Hinweise auf problematische Entwicklungen verstanden werden, deren Verallgemeinerbarkeit weitere Studien erfordert.



Response-Rate einzelner Items der Umfrage variierte zwischen 41,7 bis 95,2 Prozent, wobei konditionale Survey-Items, Items weiter hinten im Fragebogen, sowie solche Fragen mit umfassenden Antwort-Batterien eine erwartbar niedrigere Response-Rate verzeichnen.

Die In-Survey-Response-Rate liegt im Durchschnitt bei 70 Prozent und variiert zwischen 41,7 Prozent und 95,2 Prozent. Erwartungsgemäß zeigt sich ein sukzessiver Rückgang der Beantwortungsquote im Verlauf des Surveys. Ein in der Befragungsforschung häufig dokumentiertes Muster, das auf Ermüdungseffekte verweist. Der Themenblock *Kenntnisstand und thematischer Bezugerzielte* mit 91,4 Prozent die höchste Antwortrate, während der letzte Abschnitt *Demographische Charakteristika* nur noch 65,6 Prozent erreichte. Den niedrigsten Wert verzeichnete Abschnitt 4 (*Entwicklung an Universitäten*) mit 54,6 Prozent, wobei insbesondere Frage Q406 („Welche Maßnahmen wurden an Ihrer Hochschule seit dem 7. Oktober und dem Beginn des Gaza-Kriegs ergriffen?“) mit 41,7 Prozent den geringsten Rücklauf hat.

Als wesentliche Ursache für die sinkende Beteiligungsbereitschaft sind die umfangreichen Fragebatterien in Abschnitt 4 sowie in Abschnitt 2 (*Diskussionskultur*) zu nennen. Diese wiesen umfassten bis zu 19 Antwortkategorien, was sich nachteilig auf die Response-Rate auswirkte. Demgegenüber wurden die einleitenden Fragen zum Kenntnisstand besonders positiv aufgenommen: Q101 („In welcher der folgenden Disziplinen würden Sie sich am ehesten verorten?“) und Q105 („Woraus speist sich Ihr Bezug zu Israel/Palästina?“) erreichten mit jeweils 95,2 Prozent die höchsten Werte.

Mögliche Limitationen

Die Studie unterliegt mehreren Einschränkungen. Erstens erlaubt das querschnittliche Design keine kausalen Aussagen über die Richtung der beobachteten Zusammenhänge, sondern lediglich deren Kovariation. Zweitens beruhen die Befunde auf Selbstberichten, die potenziell durch soziale Erwünschtheit, strategisches Antwortverhalten und Erinnerungseffekte verzerrt sein können. Drittens basiert die Operationalisierung von Selbstzensur auf subjektiven Wahrnehmungen der Befragten und erfasst damit erlebte Zurückhaltung, nicht notwendigerweise beobachtbares Verhalten oder institutionell dokumentierte Eingriffe; gleichwohl ist diese subjektive Ebene für Fragen des Debattenklimas und der wahrgenommenen Handlungsspielräume zentral. Viertens sind mögliche Selektionsmechanismen zu berücksichtigen: Durch die themenspezifische Stichprobenziehung und die moderate Rücklaufquote kann es zu einer Überrepräsentation jener gekommen sein, die sich besonders betroffen fühlen und daher eher teilnehmen. Dies kann zu einer Überschätzung der Prävalenz einschlägiger Erfahrungen führen, wenn weniger betroffene Personen eine Teilnahme seltener für notwendig erachten.

Gleichzeitig zeigen Rückmeldungen aus dem Feld aber, dass auch stark exponierte Personen aus Sorge vor Re-Identifizierbarkeit in kleinen Fächern, Statusgruppen oder Institutionen eine Teilnahme möglicherweise überdurchschnittlich oft verweigert haben könnten. So könnten einzelne Forschende aus der Sorge heraus, ihr Antwortverhalten könnte trotz Anonymisierung in kleinen Fächern, spezifischen Statusgruppen oder Institutionen indirekt auf



sie zurückgeführt und beruflich sanktioniert werden, von einer Teilnahme abgesehen haben. Beide Prozesse wirken in entgegengesetzte Richtungen und lassen die Richtung einer eventuellen Verzerrung a priori offen; ergänzend können Item-Nonresponse und unterschiedliche Erreichbarkeiten institutioneller Teilpopulationen das Bild weiter beeinflussen. Entsprechend sind Niveauschätzungen vorsichtig zu interpretieren und die Robustheit der Muster über Disziplinen, Statusgruppen und Bezugslagen hinweg besonders relevant.

Die beobachtete Konsistenz des Antwortverhaltens und die hohe inhaltliche Konvergenz mit externen Referenzstudien, etwa dem Middle East Scholar Barometer für die USA sowie der KAPAZ-Erhebung zu Anfeindungen gegenüber Forschenden in Deutschland, was die Konstrukt- und externe Validität stärkt (vgl. Telhami und Lynch 2025; Blümel und Just 2024; Fabian u. a. 2024) spricht indes dafür, dass die zentralen identifizierten Muster nicht allein durch selektive Teilnahme erklärbar sind, auch wenn absolute Niveaus als konservative Schätzungen zu lesen sind. Die Heterogenität der Positionierungen auf politisch strittigen Items sowie die Replizierbarkeit der Haupteffekte in Subgruppenanalysen sprechen zudem gegen eine aktivistische Vorselektion der Befragten.

Ergebnisse

Die Befragten decken ein breites disziplinäres Spektrum ab, wobei Arabistik und Islamwissenschaft, Kulturwissenschaften, Area Studies und Politikwissenschaften am stärksten vertreten sind.³ Die meisten arbeiten in der Forschung (85 Prozent), über die Hälfte auch in der Lehre (56 Prozent); knapp drei Viertel der Befragten sind an Universitäten tätig. Soziodemographisch besteht die Stichprobe überwiegend aus Postdocs (25 Prozent), Professor*innen (20 Prozent) und Doktorand*innen (18 Prozent), mehrheitlich finanziert durch öffentliche Mittel (69 Prozent). Der Bezug der Befragten zu Israel/Palästina ist überwiegend fachlicher (83 Prozent) oder politischer Natur (80 Prozent). Viele geben zudem persönliche Kontakte in der Region an, wie Familie, Freund*innen oder Bekannte (46 Prozent Israel, 43 Prozent Palästina). Weitere Befragte nennen die deutsche historische Verantwortung (40 Prozent) als primären Grund für den Bezug zu Israel/Palästina. Die Familienbiografie spielt für knapp die Hälfte keine Rolle (59 Prozent), beeinflusst aber bei einem Viertel die Solidarität mit Palästinenser*innen (27 Prozent) bzw. mit Israelis (25 Prozent).

Wahrgenommene Bedrohungen der Wissenschaftsfreiheit

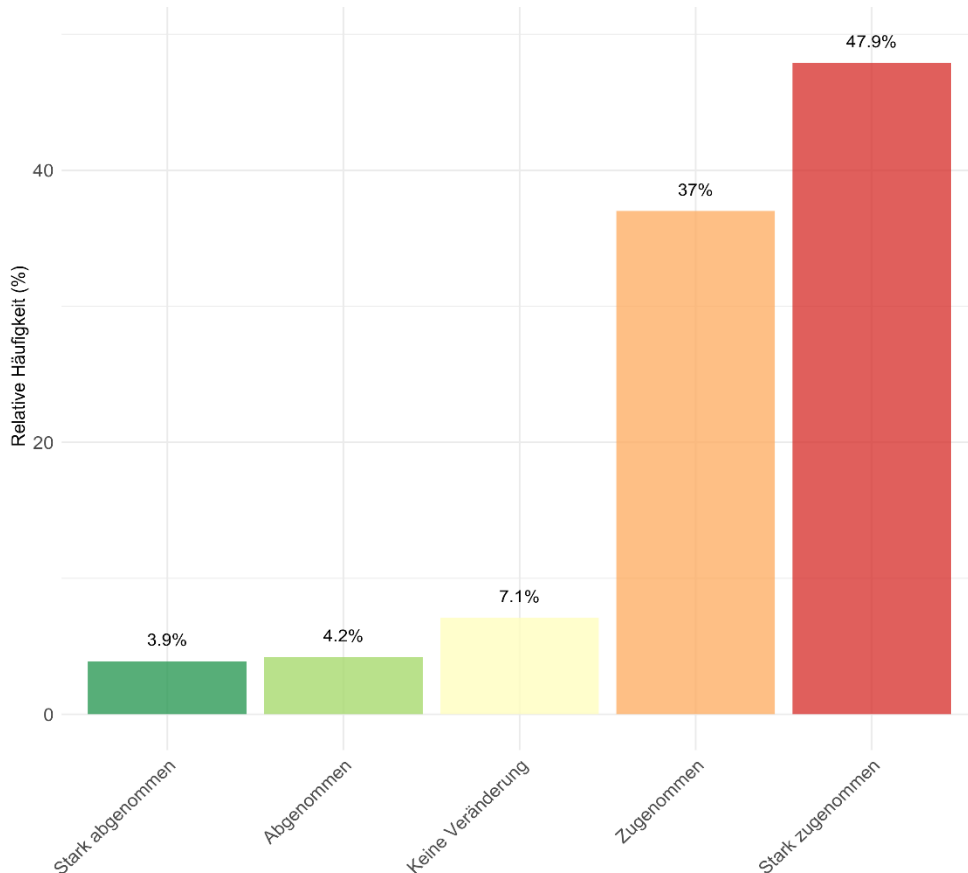
Die Auswertung der ordinalen Variablen zeichnet ein detailliertes Bild des akademischen Klimas in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023. Die Daten zeigen signifikante Tendenzen in

³ Zur Vereinfachung der Darstellung wurden einzelne Kategorien zusammengeführt: „Friedens- und Konfliktforschung“ und „Security Studies“ wurden zu „Friedens- und Konfliktforschung“ zusammengelegt; „Antisemitismusforschung“ und „Jüdische Studien“ wurden zu „Jüdische Studien und Antisemitismusforschung“ kombiniert.



der Wahrnehmung von Debatten, institutionellem Druck und dem Bedürfnis nach Selbstzensur unter den Befragten. Ein zentrales und wesentliches Ergebnis ist die offensichtlich veränderte Bedrohungslage für die Wissenschaftsfreiheit. Eine überwältigende Mehrheit der Teilnehmenden nimmt eine Verschlechterung wahr: 47,9 Prozent geben an, die Bedrohung habe „stark zugenommen“, weitere 37,0 Prozent meinen, sie habe „zugenommen“.

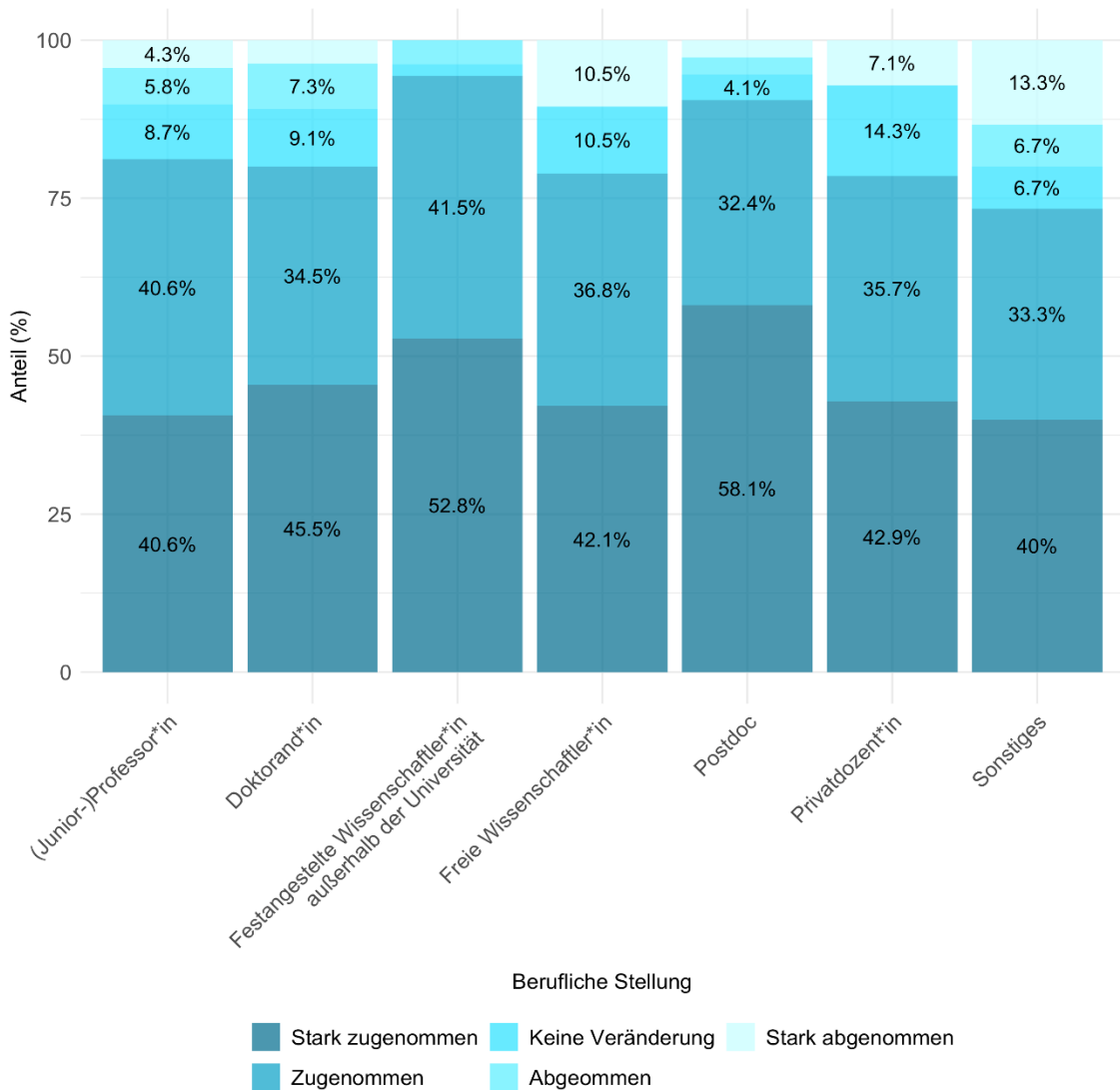
Abbildung 1: q403 - Wie hat sich Ihrer Auffassung nach die Bedrohungslage für die Wissenschaftsfreiheit im Kontext des 7. Oktober 2023 und des Gaza-Kriegs verändert? [Einfachauswahl]



Die Ergebnisse legen nahe, dass die Sorge um eine Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit also kein Nischenphänomen ist, sondern ein weit verbreitetes Gefühl im deutschen Wissenschaftsbetrieb. Die Unterschiede zeigen sich vor allem im Grad der zugeschriebenen Verschärfung. Die Gruppe der Postdocs fühlt sich am stärksten bedroht. Insgesamt geben 90,5 Prozent der Postdocs an, dass die Bedrohungslage zugenommen hat; dieser Wert setzt sich zusammen aus 58,1 Prozent, die eine „stark zugenommene“ Bedrohung sehen (der höchste Wert aller Gruppen) und 32,4 Prozent, die eine „zugenommene“ Bedrohung wahrnehmen. Diese besonders ausgeprägte Sorge könnte mit der prekären Phase ihrer Karriere zusammenhängen, in der sie stark von Reputation, Publikationen und Drittmitteln abhängig sind.

Bei den (Junior-)Professor*innen ist die Sorge massiv. Insgesamt sehen 81,2 Prozent eine Zunahme der Bedrohung. Interessanterweise teilt sich dieser Wert exakt zu gleichen Teilen auf: Jeweils 40,6 Prozent nehmen die Bedrohung als „zugunommen“ und als „stark zugunommen“ wahr. Obwohl sie über eine vergleichsweise gesicherte Position verfügen, fühlt sich auch Professor*innen mehrheitlich in ihrer wissenschaftlichen Freiheit unter Druck gesetzt.

Abbildung 2: q403 (Wissenschaftsfreiheit) x q503 (Beruf)



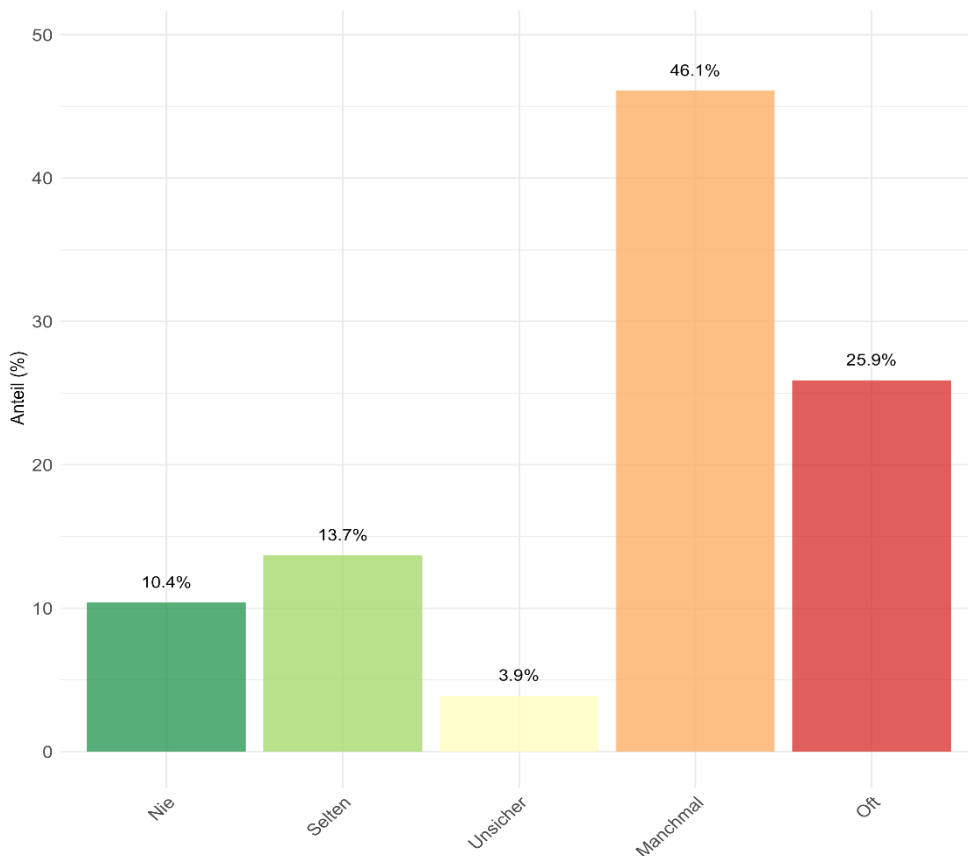
Am Anfang ihrer wissenschaftlichen Laufbahn stehend, nehmen auch Promovierende die Situation als sehr beunruhigend wahr. Insgesamt 80,0 Prozent dieser Gruppe sehen eine Zunahme der Bedrohungslage, wobei sich der Anteil in 45,5 Prozent („stark zugunommen“) und

34,5 Prozent („zugenommen“) aufteilt. Dies zeigt, dass der empfundene Druck bereits bei den jüngsten Mitgliedern der akademischen Gemeinschaft stark ausgeprägt ist. Die zwei Gruppen der Privatdozent*innen sowie freie Wissenschaftler*innen zeigen ein sehr ähnliches Bild und liegen in ihrer Wahrnehmung nur knapp hinter den anderen. Bei den Privatdozenten sehen 78,6 Prozent eine Zunahme der Bedrohung (42,9 Prozent „stark zugenommen“, 35,7 Prozent „zugenommen“). Bei den freien Wissenschaftler*innen sind es 78,9 Prozent (42,1 Prozent „stark zugenommen“, 36,8 Prozent „zugenommen“). Auch hier zeigt sich, dass unsichere oder unkonventionelle Anstellungsverhältnisse mit einer hohen Sensibilität für Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit einhergehen.

Starke Selbstzensur

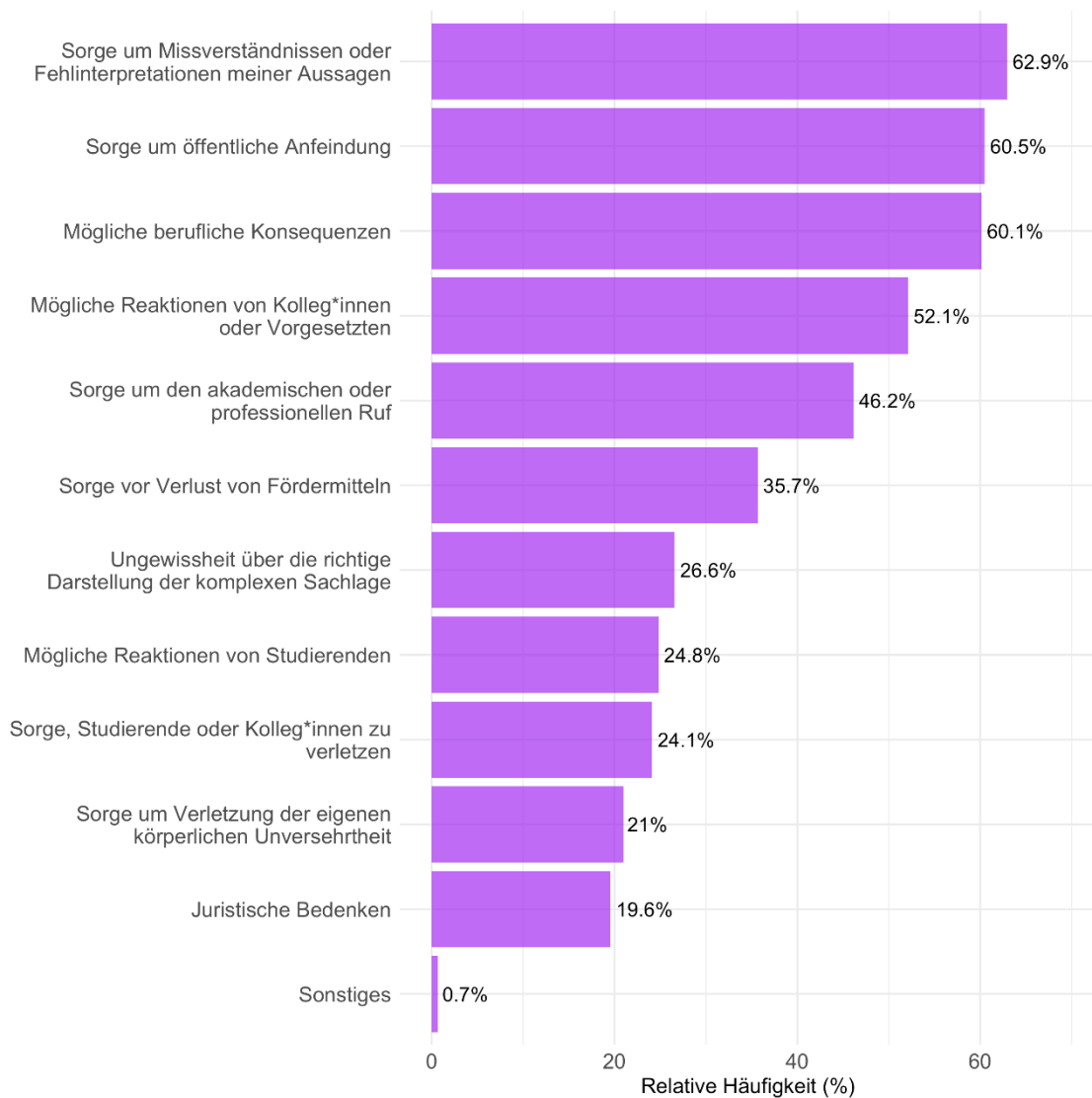
Die Daten belegen einen statistischen Zusammenhang zwischen der Perzeption verstärkter Angriffe und individuellen Einschränkungserfahrungen. Ob hierbei die Wahrnehmung die Erfahrung verstärkt oder umgekehrt, lässt sich mit dem vorliegenden Studiendesign nicht eindeutig klären. Selbstzensur erweist sich als verbreitetes Phänomen. 25,9 Prozent der Befragten geben an, „oft“ das Gefühl zu haben, ihre Meinung nicht frei äußern zu können. 46,1 Prozent haben zumindest manchmal das Bedürfnis, sich zu zensieren.

Abbildung 3: q302 - Verspüren Sie ein Bedürfnis, sich bei der Thematisierung von Israel/Palästina selbst zu zensieren? [Einfachauswahl]



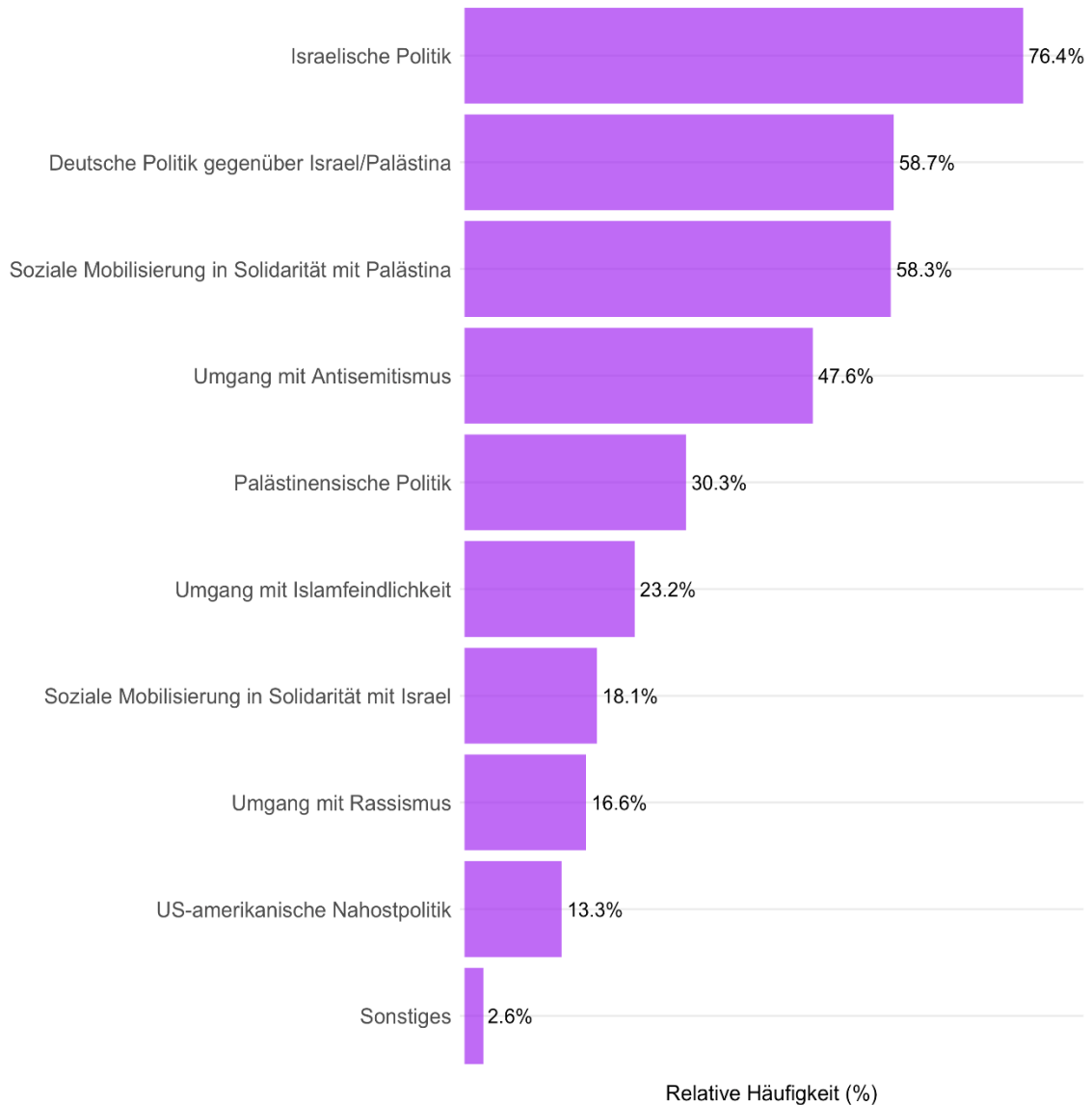
Über drei Viertel geben an, vor allem bei Israel-bezogenen Themen zurückhaltend zu sein (76 Prozent). Außerdem berichten die Befragten, sich bezüglich der deutschen Außenpolitik gegenüber Israel/Palästina selbst zu zensieren. In Bezug auf die Bereiche, in denen Selbstzensur empfunden wird, nennen sie am häufigsten öffentliche Veranstaltungen (81 Prozent), Medienbeiträge (54 Prozent) und das eigene Kollegium (42 Prozent). Als Gründe werden vor allem Angst vor Missverständnissen (63 Prozent), öffentlicher Anfeindung (60 Prozent) und mögliche beruflichen Konsequenzen (60 Prozent) genannt.

Abbildung 4: q306 - Aus welchen Gründen verspüren Sie das Bedürfnis, Ihre Äußerungen zu Israel/Palästina einzuschränken? [Mehrfachauswahl]



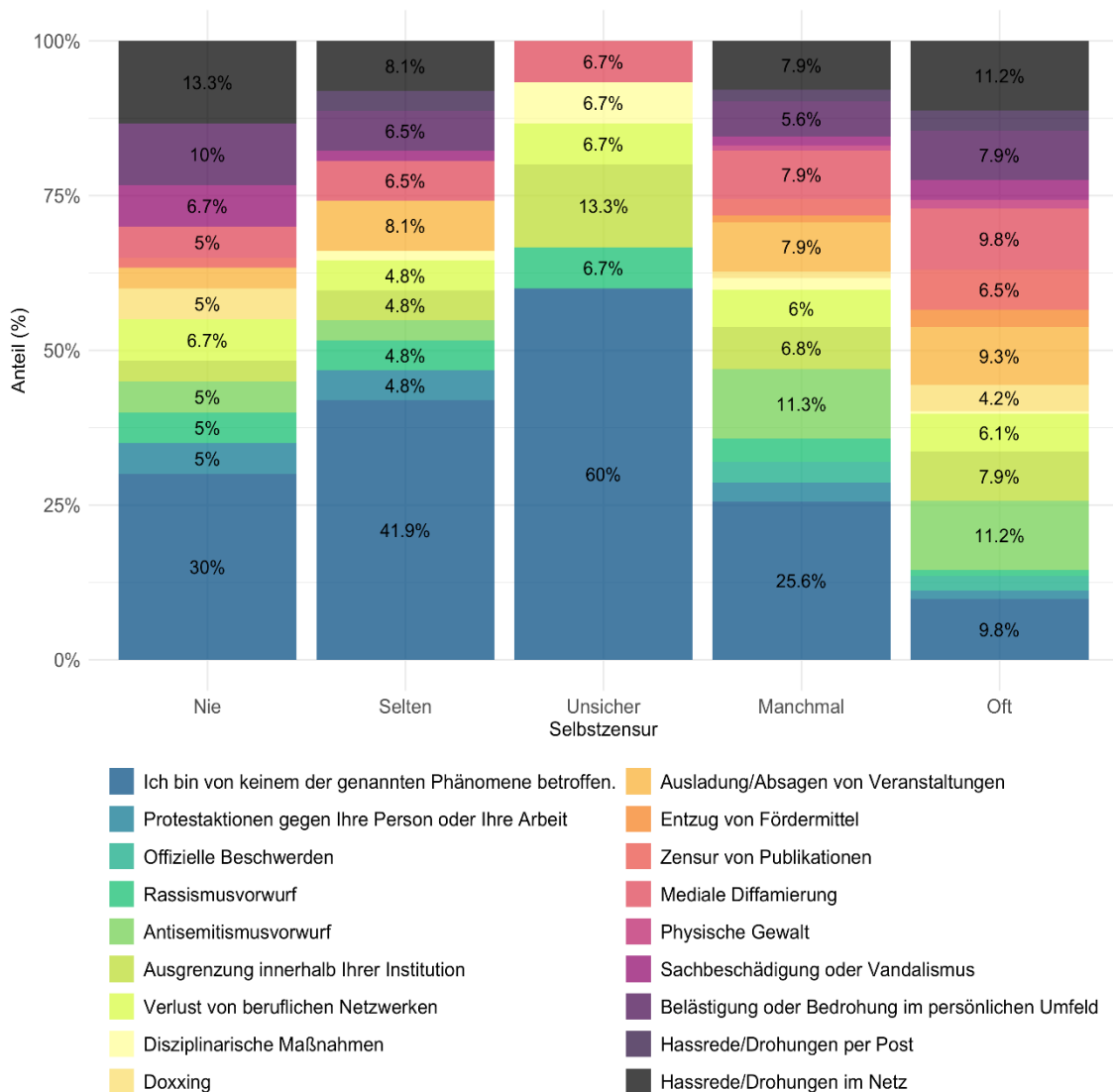
Die Daten legen dabei einen erkennbaren Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der empfundenen Selbstzensur und der Häufigkeit von erlebten negativen Konsequenzen nahe. Personen, die angeben, sich „oft“ oder „manchmal“ selbst zu zensieren, berichten signifikant häufiger von Anfeindungen und beruflichen Nachteilen.

Abbildung 5: q304 - Zu welchem Thema verspüren Sie am stärksten das Bedürfnis, sich selbst zu zensieren? [Mehrfachauswahl]



Besonders deutlich wird dies bei schwerwiegenden Vorwürfen und Angriffen. Von den Befragten, die sich „manchmal“ selbst zensieren, waren 11,3 Prozent von einem Antisemitismusvorwurf betroffen; bei jenen, die dies „oft“ tun, lag der Wert bei 11,2 Prozent. Ähnlich verhält es sich mit „Hassrede/Drohungen im Netz“, wovon 7,9 Prozent der „manchmal“ Zensierenden und 11,2 Prozent der „oft“ Zensierenden berichteten. Auch Ausladungen von Veranstaltungen trafen diese Gruppen überproportional (7,9 Prozent bei „manchmal“ und 9,3 Prozent bei „oft“). Diese Zahlen legen nahe, dass das Bedürfnis nach Selbstzensur oft nicht nur eine abstrakte Sorge ist, sondern mit konkreten oder beobachteten negativen Erfahrungen korreliert.

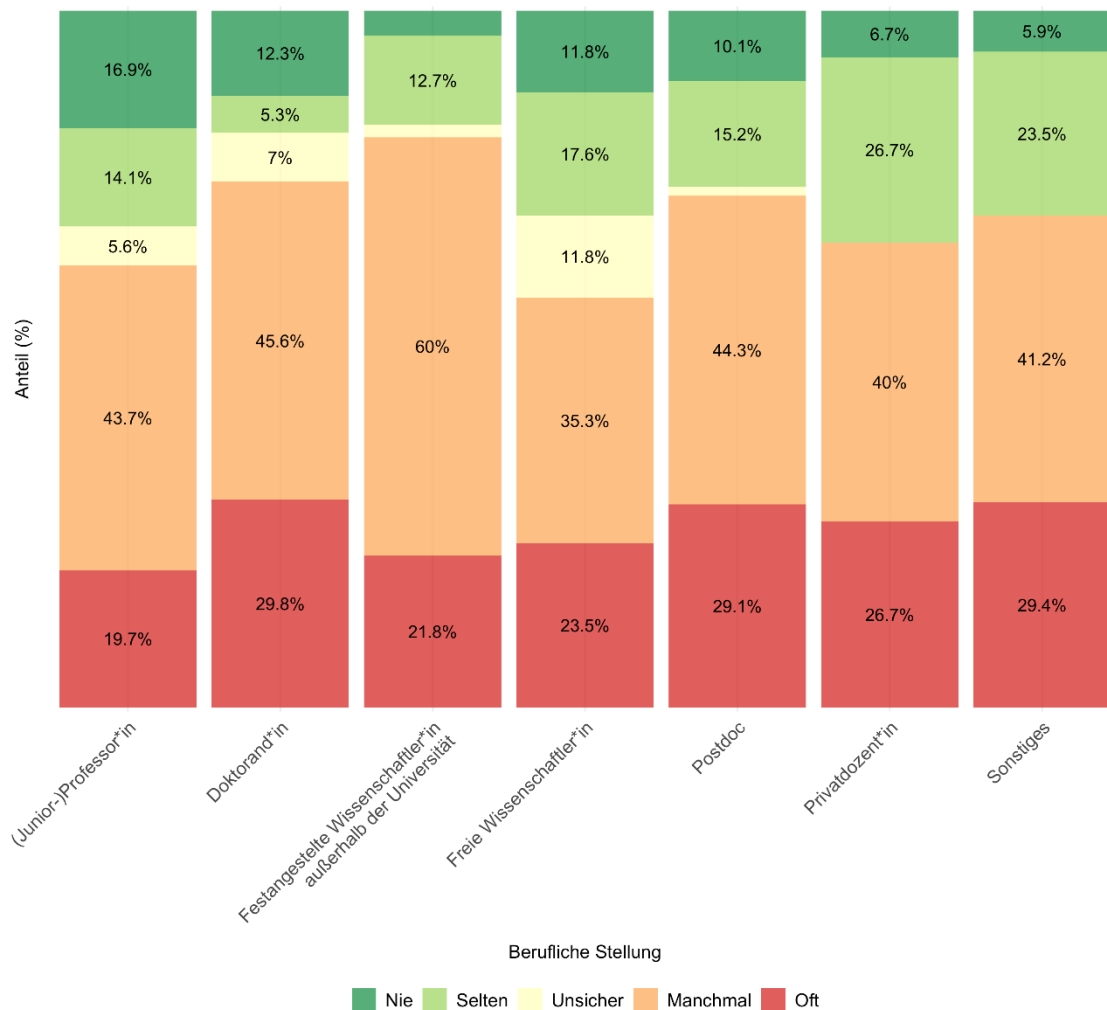
Abbildung 6: q302 (Selbstzensur) x q307 (Selbstzensur Phänomen)



Status und Selbstzensur

Die Auswertung zeigt dabei teilweise deutliche Unterschiede in den Erfahrungen von Selbstzensur entlang akademischer Hierarchien. Besonders in frühen Karrierephasen berichten Wissenschaftler*innen von einem erhöhten Druck, ihre Positionierung zu kontrollieren. So gaben unter den Promovierenden 46 Prozent an, sich „manchmal“ selbst zu zensieren, und knapp 30 Prozent sogar „oft“. Ähnlich hohe Werte finden sich bei Postdocs (44 Prozent manchmal, 29 Prozent oft). Im Vergleich dazu zeigen sich bei Professor*innen andere Muster: Zwar berichten auch hier 44 Prozent von gelegentlicher Selbstzensur, doch nur 16 Prozent gaben an, dies oft zu tun. Zugleich weist diese Gruppe mit 18 Prozent den größten Anteil an Befragten auf, die nie Selbstzensur praktizieren. Festangestellte Wissenschaftler*innen (außerhalb der Universität) ordnen sich mit besonders hohen Werten ein: 60 Prozent gaben an, sich manchmal, und weitere 22 Prozent oft selbst zu zensieren – der höchste kombinierte Anteil in der gesamten Stichprobe.

Abbildung 7: q302 (Selbstzensur) x q503 (Beruf)



Auch die Gründe für Selbstzensur variieren deutlich nach Statusgruppe. Besonders Promovierende (70 Prozent) und Postdocs (67 Prozent) gaben an, sich aus Sorge vor möglichen beruflichen Konsequenzen zurückzuhalten. Zugleich spielt für diese Gruppen auch die Angst vor einem Verlust von Fördermitteln (q306_6) eine zentrale Rolle. Die Angst vor negativen beruflichen Konsequenzen ist ein zentraler Treiber für Selbstzensur, insbesondere für Wissenschaftler*innen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Am stärksten ausgeprägt ist diese Sorge bei Doktorand*innen, von denen 70,0 Prozent diesen Grund nannten. Dicht dahinter folgen freie Wissenschaftler*innen mit 69,2 Prozent und Postdocs mit 67,1 Prozent. Im Gegensatz dazu nennen (Junior-)Professor*innen diesen Grund deutlich seltener, aber immer noch zu 44,8 Prozent.

Dies legt nahe, dass eine festere Anstellung und größere Autonomie die Angst vor direkten beruflichen Nachteilen zwar reduzieren, aber keineswegs eliminieren. Bei Professor*innen sowie bei privat angestellten Dozierenden treten diese Faktoren hingegen weniger stark hervor. In diesen Gruppen sind es vielmehr Bedenken um die eigene Reputation oder die Gefahr öffentlicher Anfeindung, die als Gründe für Selbstzensur angegeben werden (siehe oben).

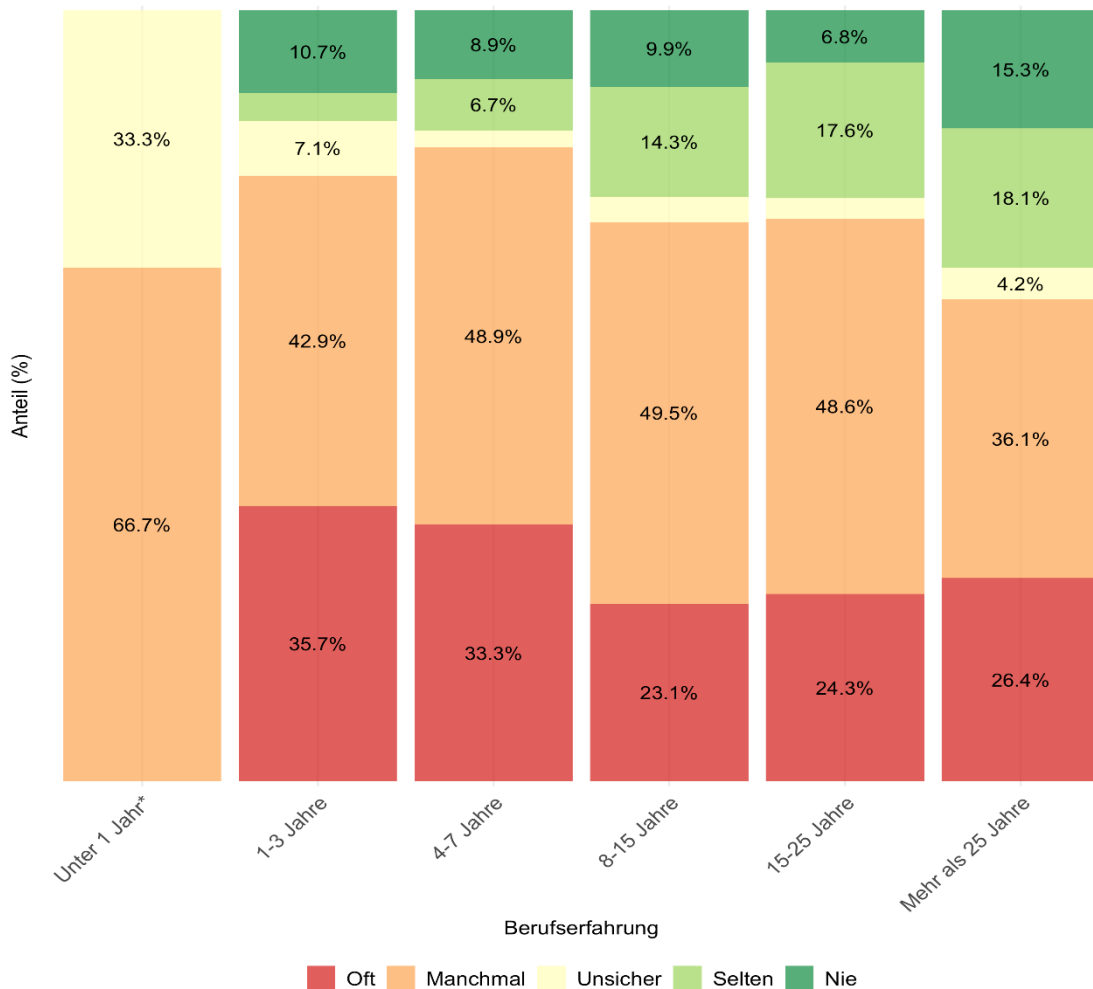
Die Sorge vor dem Entzug oder der Nichtbewilligung von Fördermitteln ist ebenfalls ein signifikanter Faktor, der besonders jene betrifft, deren Forschung und Anstellung direkt von Drittmitteln abhängen. Am häufigsten wird diese Sorge von freien Wissenschaftler*innen geäußert, von denen mehr als die Hälfte (53,8 Prozent) dies als Grund für ihre Zurückhaltung angibt. Auch Postdocs, deren Stellen oft projektfinanziert sind, nennen diesen Grund überdurchschnittlich häufig (41,4 Prozent). Bei Doktorand*innen (32,0 Prozent) sowie (Junior-)Professor*innen (32,8 Prozent) liegt der Anteil auf einem ähnlichen, aber niedrigeren Niveau. Am seltensten wird diese Sorge von Privatdozent*innen geäußert (7,1 Prozent), was auf eine andere Form der Einbindung in das Wissenschaftssystem hindeuten könnte.

Insgesamt ergibt sich ein recht konsistentes Bild: Je prekärer und abhängiger die Beschäftigungssituation, desto stärker ist das empfundene Bedürfnis zur Selbstzensur und desto größer die wahrgenommene Bedrohung für wissenschaftliche Freiheit. Professor*innen, die bereits über Status und Reputation verfügen, berichten vergleichsweise selten von häufiger Selbstzensur und sehen sich weniger existenziellen Risiken gegenüber. Kombiniert man die Antworten „oft“ und „manchmal“, ist der Druck bei festangestellte Wissenschaftler*innen an außeruniversitären Einrichtungen (81,8 Prozent) und Doktorand*innen (75,4 Prozent) am höchsten. Auch Postdocs nehmen mit insgesamt 73,4 Prozent einen erheblichen Druck wahr. (Junior-)Professor*innen geben zwar am seltensten an, sich „oft“ zu zensurieren (19,7 Prozent), aber auch in dieser Gruppe verspürt ein relevanter Teil das Bedürfnis, die eigenen Äußerungen „manchmal“ einzuschränken (43,7 Prozent). Dies deutet wiederum darauf hin, dass der empfundene Druck mit zunehmender Sichtbarkeit und Verantwortung im akademischen Feld ansteigt.



Ein aufschlussreiches Ergebnis ist, dass das Bedürfnis nach Selbstzensur mit der Dauer der wissenschaftlichen Tätigkeit zunächst stetig zunimmt und erst nach langjähriger wissenschaftlicher Tätigkeit wieder abnimmt. Unter Akademiker*innen mit weniger als einem Jahr Berufserfahrung gaben bereits etwa 66.7 Prozent an, sich zumindest „manchmal“ zu zensieren; in der Gruppe der Befragten mit 1-3 Jahren Berufserfahrung sind es schon 78.6 Prozent. Die Befragtengruppe mit 4-7 Berufserfahrung weist schließlich den höchsten Wert an Selbstzensur auf: Insgesamt 82,2 Prozent geben an, sich selbst zu zensieren, 48.9 Prozent „manchmal“ und 33.3 Prozent „oft“. Erst danach sinkt der Wert wieder.

Abbildung 8: q302 (Selbstzensur) x q504 (Berufserfahrung)⁴

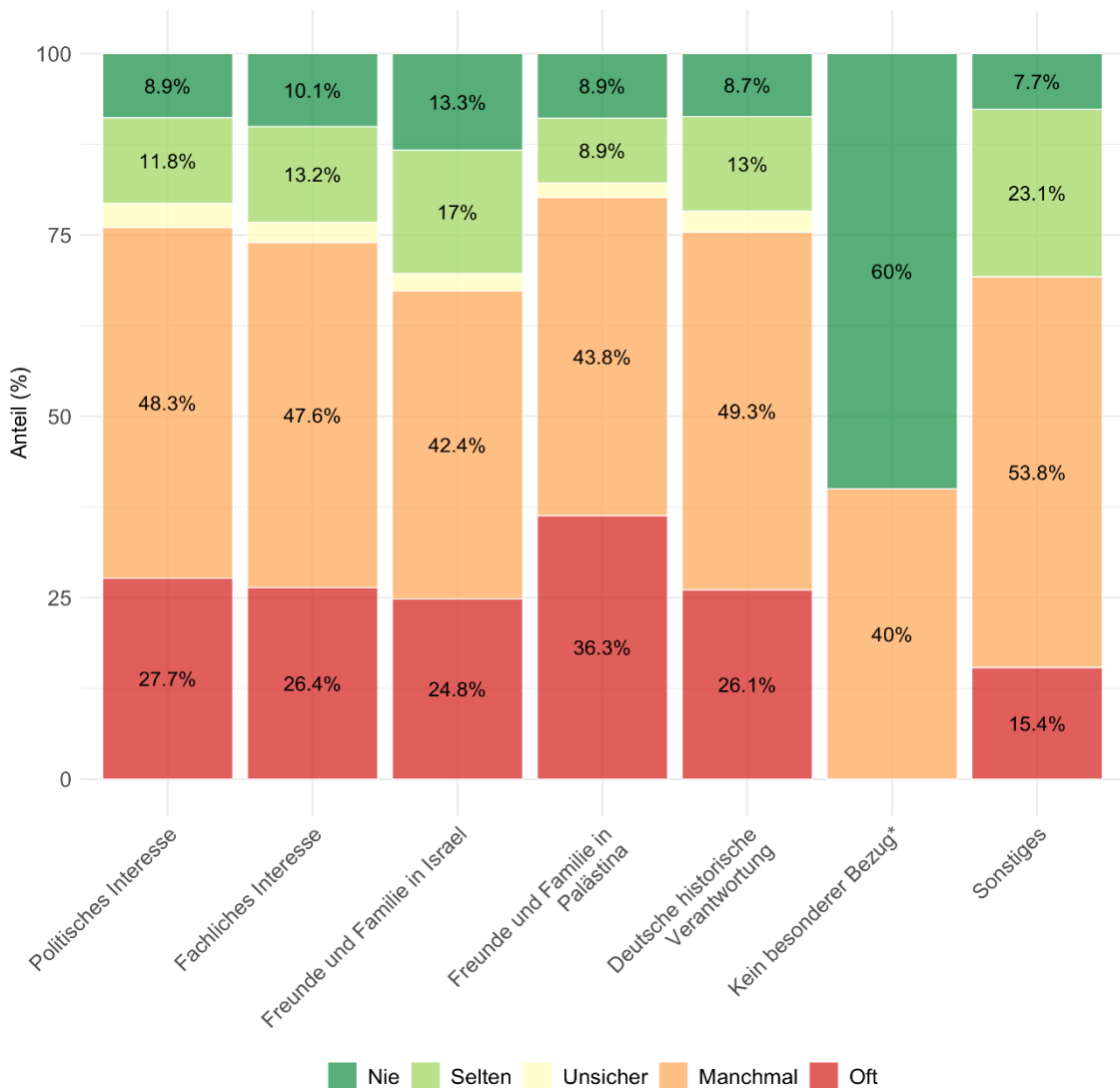


⁴ Gruppen mit weniger als 10 Fällen sind in allen Diagrammen mit einem Sternchen markiert (*) und nur eingeschränkt interpretierbar.

Persönlicher Bezug der Befragten und Selbstzensur

Untersucht wurde auch, inwiefern der thematische Bezug der Befragten zu Israel/Palästina – sei er fachlicher, politischer oder familiärer Art, oder ob kein spezifischer Bezug besteht – mit dem Ausmaß an Selbstzensur korreliert. Die Ergebnisse zeigen eine deutliche Differenzierung: Befragte ohne besonderen Bezug gaben überwiegend an, sich „nie“ (60 Prozent) oder lediglich „manchmal“ (40 Prozent) selbst zu zensieren. Im Gegensatz dazu berichteten alle Befragten mit spezifischem Bezug zu Israel oder Palästina, dass sie sich „manchmal“ oder „oft“ selbst zensieren. Besonders ausgeprägt ist dieser Effekt bei Personen mit persönlichem Bezug zu Palästina: 36 Prozent der Befragten mit Freund*innen und Familie in Palästina gaben an, sich „oft“ selbst zu zensieren.

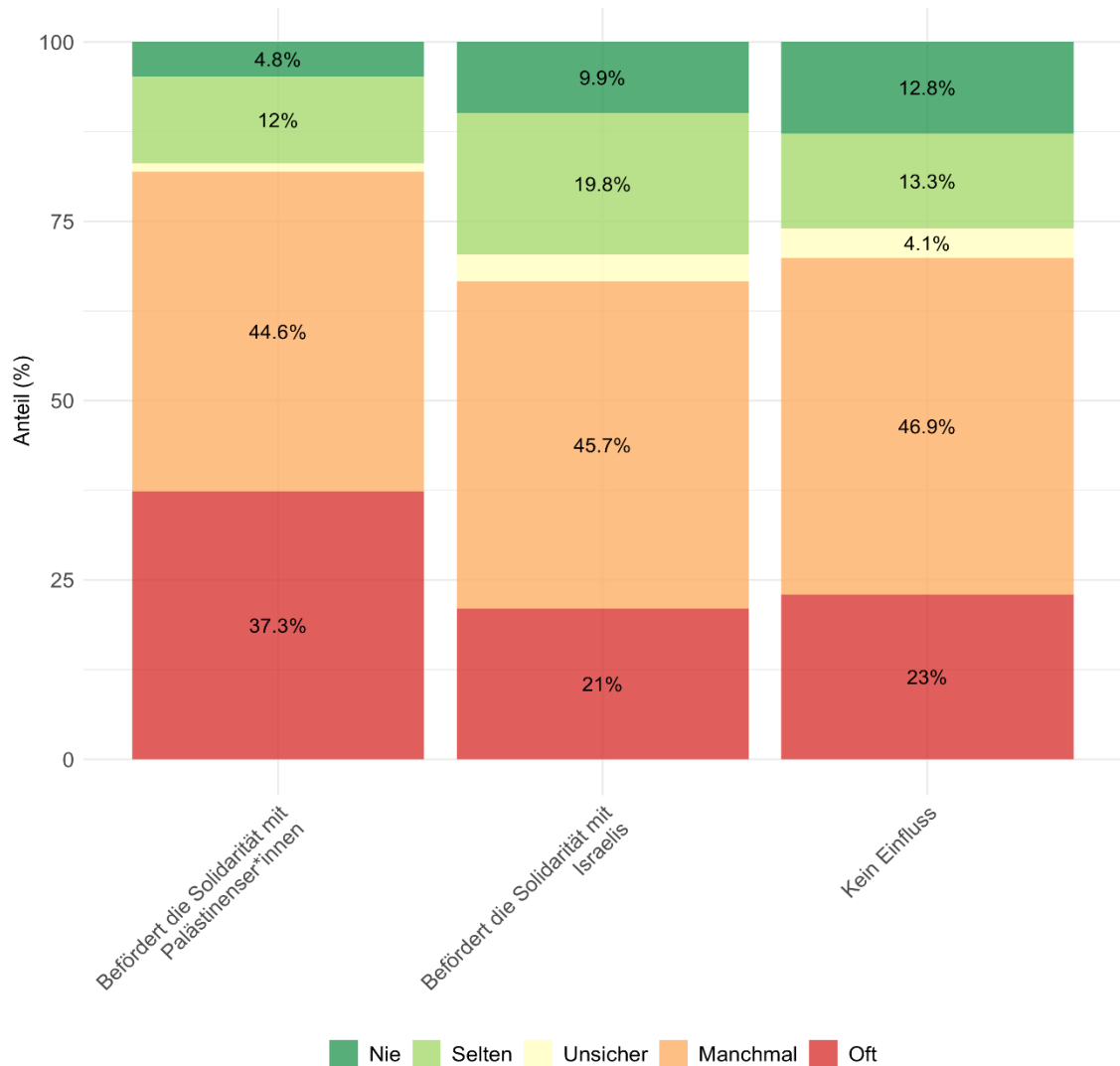
Abbildung 9: q105 (Thematischer Bezug) x q302 (Selbstzensur)



Familienbiografie und Selbstzensur

Im nächsten Schritt wurde untersucht, inwiefern die Familienbiographie der Befragten (q106) einen Einfluss auf die eigene Selbstzensur ausübt, also darauf, in welchem Maß sie das individuelle Bedürfnis haben, sich bei der Thematisierung von Israel/Palästina selbst zu zensieren (q302). Befragte, die ihrer Familienbiographie keinen großen Einfluss auf ihre Position zu Israel/Palästina beimaßen, gaben mehrheitlich an, sich manchmal (47 Prozent) oder oft (23 Prozent) zu zensieren. Ähnlich verteilt sind die Angaben bei jenen, die eine Kontinuität zwischen ihrer Familienbiographie und der Solidarität mit Israelis herstellen. Auffällig ist das Antwortverhalten derjenigen, die ihrer Familienbiographie einen positiven Einfluss auf ihre Solidarität mit Palästinenser*innen beimessen. In dieser Gruppe gaben deutlich mehr Befragte an, sich „oft“ (37 Prozent) oder „manchmal“ (44,6 Prozent) selbst zu zensieren. Damit äußerten fast vier Fünftel dieser Befragten, ein Bedürfnis zur Selbstzensur; nur 4,8 Prozent gaben an, sich „nie“ selbst zu zensieren.

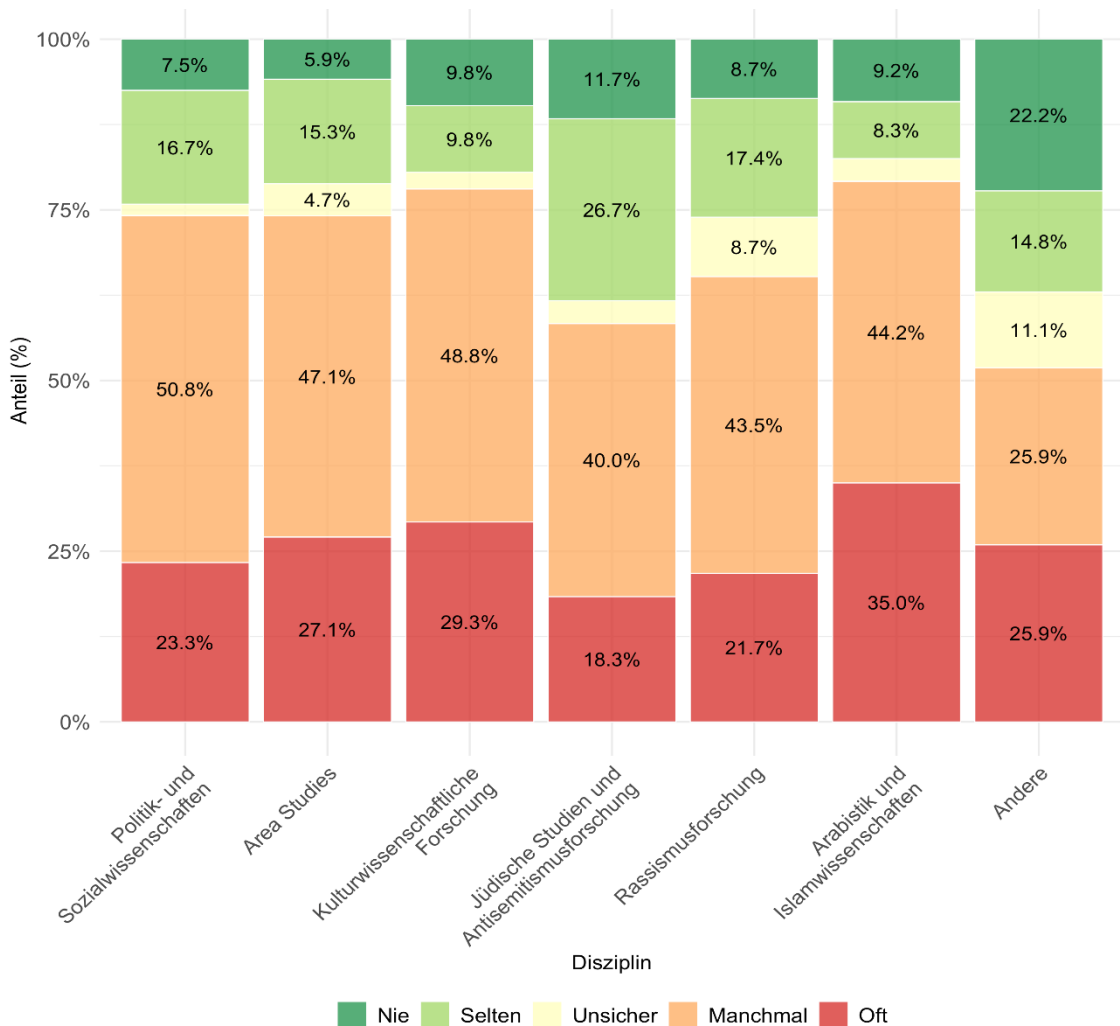
Abbildung 10: q106 (Familienbiografie) x q302 (Selbstzensur)



Disziplinäre Unterschiede bei Selbstzensur

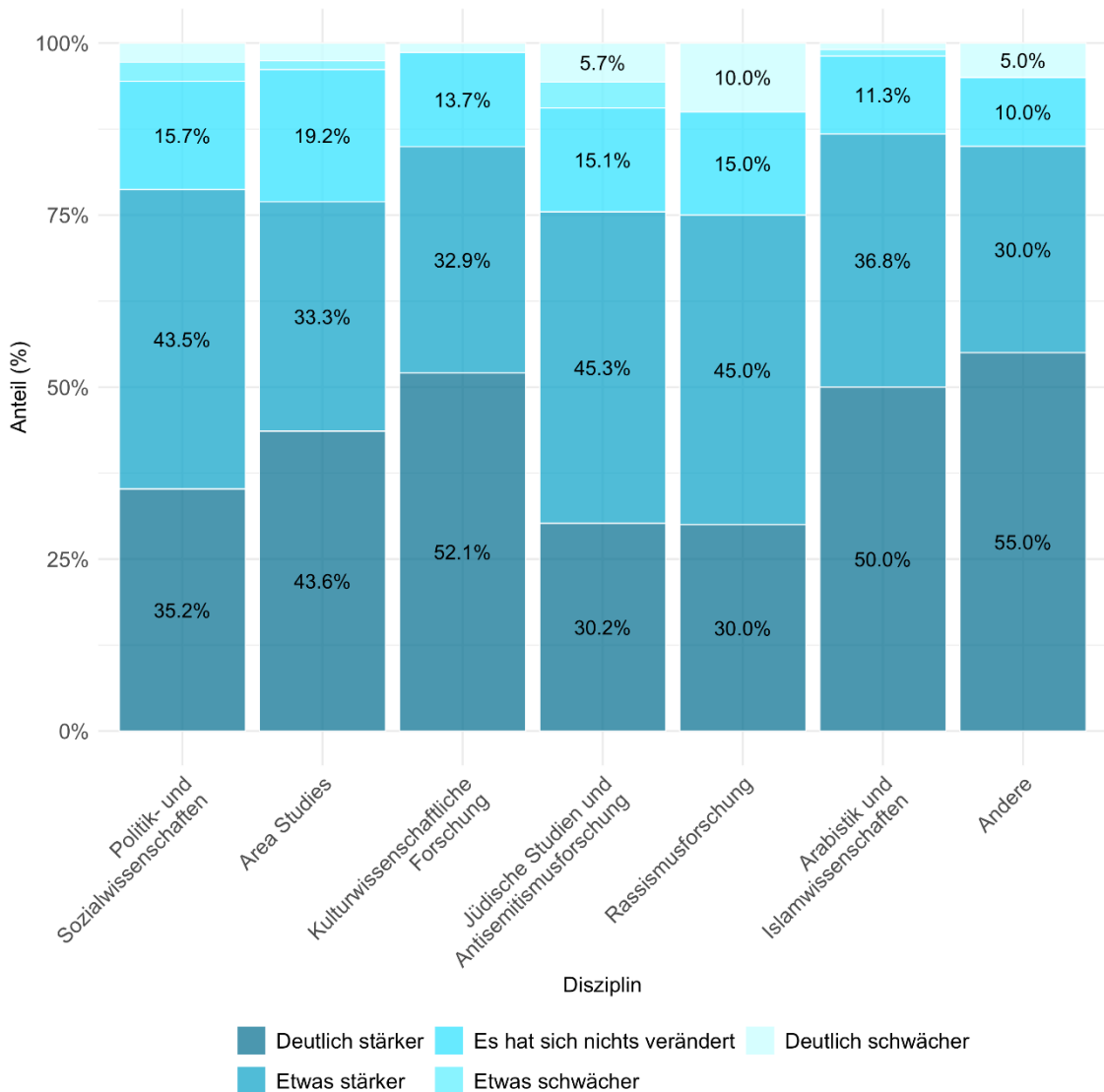
Die Analyse des Bedürfnisses zur Selbstzensur bei der Thematisierung von Israel/Palästina zeigt erwartbare Unterschiede zwischen den Disziplinen. Der höchste Wert für „oft“ wird mit 35,0 Prozent der Arabistik und Islamwissenschaft erreicht. Hier geben zudem 44,2 Prozent an, zumindest „manchmal“ ein Bedürfnis zur Selbstzensur zu verspüren. Insgesamt verspürten also 79,2 Prozent den Drang, sich zu zensieren. In der kulturwissenschaftlichen Forschung liegt dieser Wert mit 78,1 Prozent nur knapp darunter. Auch in den Politik- und Sozialwissenschaften verspüren fast drei Viertel der Befragten das Bedürfnis, sich zu zensieren (23,3 Prozent „oft“, 50,8 Prozent „manchmal“). In den Jüdischen Studien und der Antisemitismusforschung ist mit 38,4 Prozent der Anteil derjenigen, die selten oder nie das Bedürfnis zur Selbstzensur verspüren dagegen klar am größten. Aber auch berichtet mit 58,3 Prozent eine absolute Mehrheit der Befragten ein Zensurbedürfnis.

Abbildung 11: q101 (Disziplin) x q302 (Selbstzensur)



Weniger disziplinäre Unterschiede gibt es dagegen bei der Bewertung, wie sich das Bedürfnis von Selbstzensur seit dem 7. Oktober 2023 entwickelt hat. Eine überwältigende Mehrheit der Befragten aller Disziplinen gibt an, seitdem ein stärkeres oder deutlich stärkeres Bedürfnis zur Selbstzensur zu empfinden. In den Kulturwissenschaften verkünden 85,0 Prozent von einem stärkeren Bedürfnis (52,1 Prozent „deutlich stärker“ und 32,9 Prozent „etwas stärker“). In der Arabistik und Islamwissenschaft liegt dieser Wert sogar bei 86,8 Prozent (50,0 Prozent „deutlich stärker“ und 36,8 Prozent „etwas stärker“). Auch in den Jüdischen Studien und der Antisemitismusforschung ist der Anteil mit 75,5 Prozent hoch, wenn auch im Vergleich etwas geringer (30,2 Prozent „deutlich stärker“ und 45,3 Prozent „etwas stärker“). In allen untersuchten Disziplinen gibt nur eine kleine Minderheit an, dass das Bedürfnis nach Selbstzensur gleichgeblieben oder schwächer geworden ist.

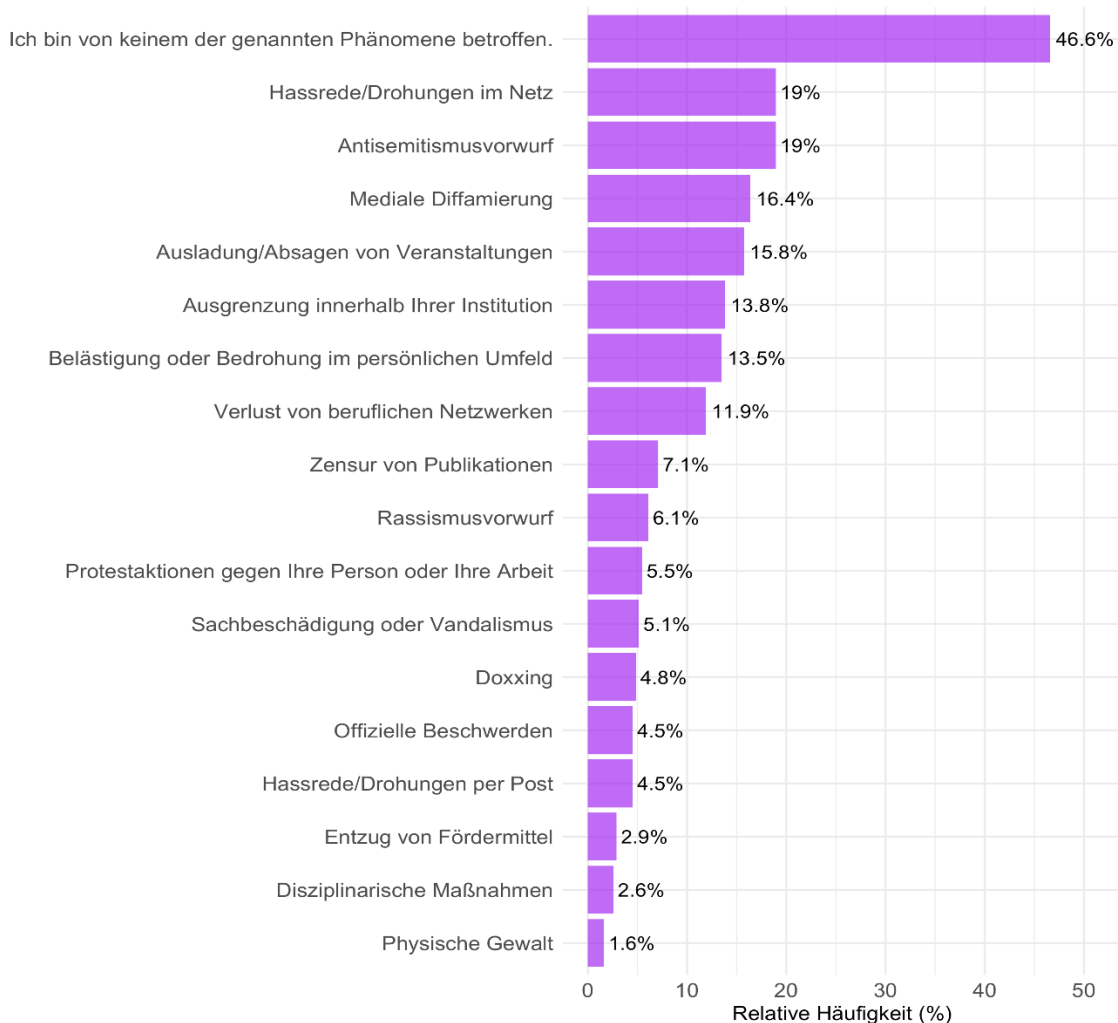
Abbildung 12: q101 (Disziplin) x q303 (Selbstzensur seit dem 7. Oktober)



Wahrgenommener Institutioneller Druck und Bedrohungserfahrungen

Die von den Befragten wahrgenommene Notwendigkeit, sich selbst zu zensieren, lässt sich in Teilen durch den perzipierten Anstieg institutionellen Drucks erklären. Institutioneller Druck wird hier verstanden als wahrgenommene oder tatsächliche Erwartungen seitens der eigenen Institution, bestimmte Positionen zu vermeiden oder zu bevorzugen. Über die Hälfte der Teilnehmenden (50,7 Prozent) spürt einen „deutlich“ (26,9 Prozent) oder „etwas“ (23,8 Prozent) zugenommenen Druck, das Thema Israel/Palästina an ihrer Institution (Hochschule/Universität/ThinkTank) zu meiden. Demgegenüber empfinden nur 27,8 Prozent einen gestiegenen Druck, sich zu äußern. Die vorherrschende Tendenz geht somit klar in Richtung des Schweigens und der Zurückhaltung. Diese Entwicklung steht in einem deutlichen Spannungsverhältnis zur grundsätzlichen Haltung der Befragten: Die Aussage, dass Hochschulen die freie Meinungsäußerung schützen sollten, erreicht mit einem Mittelwert von 4,80 (auf einer 5er-Skala) eine fast einstimmige Zustimmung.

Abbildung 13: Abbildung 12: q307 - Waren Sie seit dem 7. Oktober 2023 aufgrund Ihrer Haltung zu Israel/Palästina von folgenden Phänomenen betroffen? [Mehrfachauswahl]



Nur knapp die Hälfte der Befragten gibt zudem an, aufgrund ihrer Haltung gegenüber Israel/Palästina seit dem 7. Oktober 2023 *nicht* persönlich von Bedrohungen, Hassrede oder anderen Einschränkungen ihrer Arbeit betroffen zu sein (47 Prozent). Umgekehrt nennen mehr als die Hälfte persönliche Erfahrungen mit Hassrede und Drohungen im Netz (19 Prozent), Antisemitismusvorwürfen (19 Prozent), medialer Diffamierung (16 Prozent), Absagen von Veranstaltungen (16 Prozent) oder institutioneller Ausgrenzung (14 Prozent). Institutionell nehmen sie vor allem interne Konflikte (54 Prozent), Absagen von Veranstaltungen (52 Prozent), Sicherheitsprobleme (43 Prozent) und Imageschäden (43 Prozent) wahr.

Als Reaktionen auf Leitungsebene werden Beratungsangebote für Studierende (49 Prozent) und Lehrende (30 Prozent), Selbstorganisation unter Kolleg*innen (46 Prozent), Dialogformate (41 Prozent) sowie neue Sicherheitsmaßnahmen oder Polizeieinsätze gegen Protestierende (33 Prozent, 38 Prozent) berichtet. Die Befragten nehmen diese überwiegend positiv wahr, unabhängig der persönlichen Haltung im Konflikt.

Positionierung von Wissenschaftler*innen zu aktuellen Kontroversen

Um das Antwortverhalten der befragten Fachwissenschaftler*innen in Bezug zu ihren politischen Positionen zu setzen, enthielt der Fragebogen die Möglichkeit, sich zu einer Reihe aktueller Kontroversen zu positionieren (q107). Unter den Themen, zu denen Stellung genommen werden konnte, befanden sich etwa der akademische Boykott Israels, die Forderung nach einem Waffenstillstand in Gaza, der besondere Schutz jüdischen Lebens in Deutschland, unterschiedliche Formen des Widerstands gegen die israelische Besatzung (bewaffnet oder gewaltfrei), das Recht Israels auf Selbstverteidigung sowie der in großen Teilen restriktive Umgang deutscher Universitäten mit Studierendenprotesten.

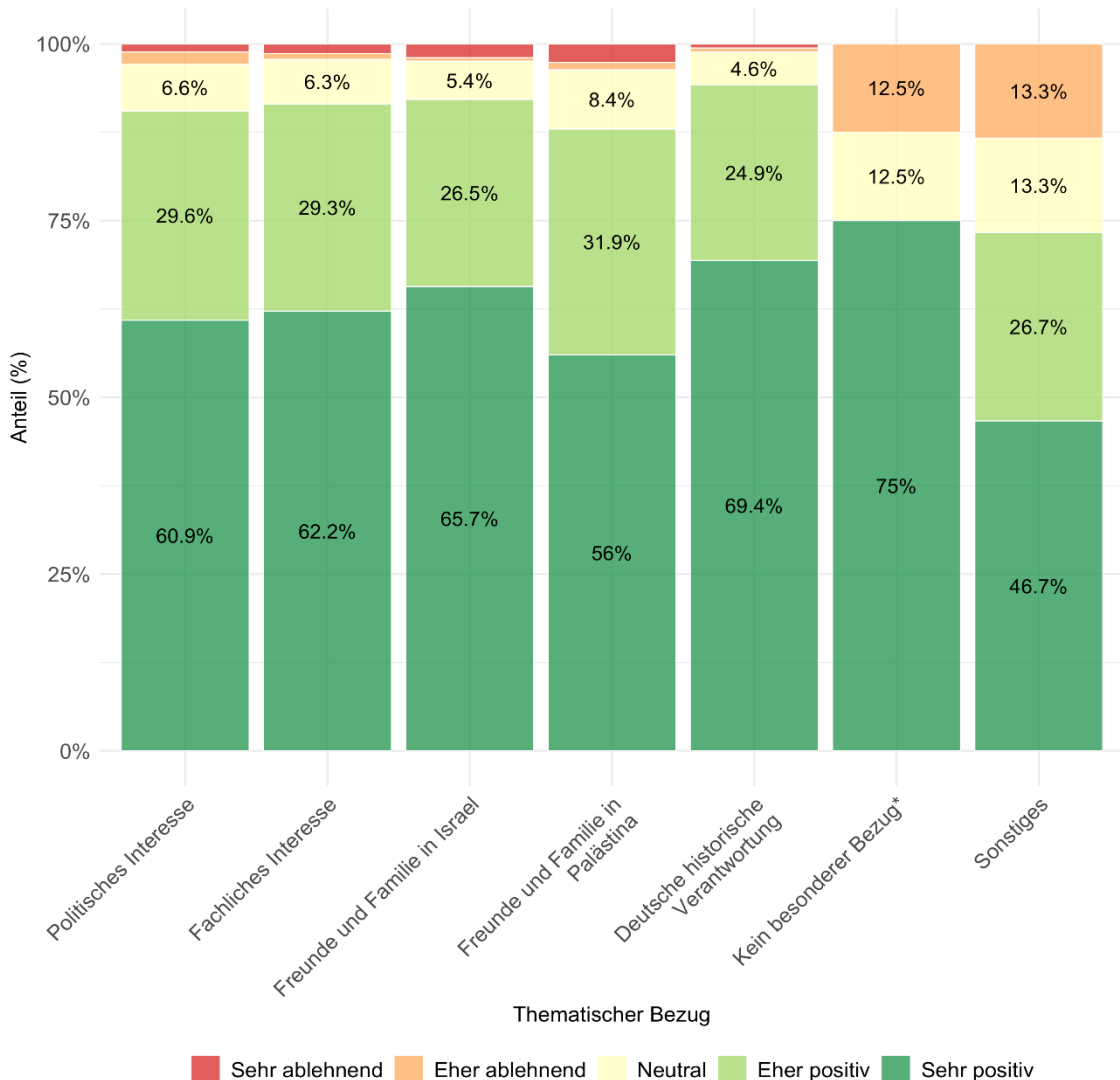
Gesondert überprüft wurde das Antwortverhalten zu einschlägigen Themenfelder insbesondere in Relation zum persönlichen Bezug der Befragten zu Israel/Palästina (q105). Die persönlichen Bezugspunkte zu Israel/Palästina waren dabei, wie eingehend dargestellt äußerst heterogen ausgeprägt. Einige Befragte gaben an, ein vornehmlich fachliches Interesse zu haben, andere verwiesen auf Freunde oder Familienangehörige in Israel oder in Palästina. Darüber hinaus wurden die deutsche historische Verantwortung, kein besonderer Bezug sowie sonstige individuelle Gründe als Bezugskategorien benannt.

Konsens bei Waffenstillstand, Schutz jüdischen Lebens und akademischem Boykott

Ebenso heterogen fiel die Positionierung der Befragten aus, was die verbreitete These einer Polarisierung der deutschen Wissenschaft in einen „pro-palästinensisches“ und einen „pro-israelischen“ Block eher widerspricht. Hinsichtlich eines Waffenstillstands in Gaza (q107_2) sprachen sich beispielsweise nahezu alle Befragten – unabhängig von ihrem jeweiligen Bezug zu Israel/Palästina – zustimmend aus. Lediglich in der Gruppe ohne besonderen Bezug zeigte sich mit 11 Prozent ein etwas höherer Anteil neutraler Antworten. Ein ähnliches Muster zeigt sich beim Thema des besonderen Schutzes jüdischen Lebens in Deutschland (q107_3).

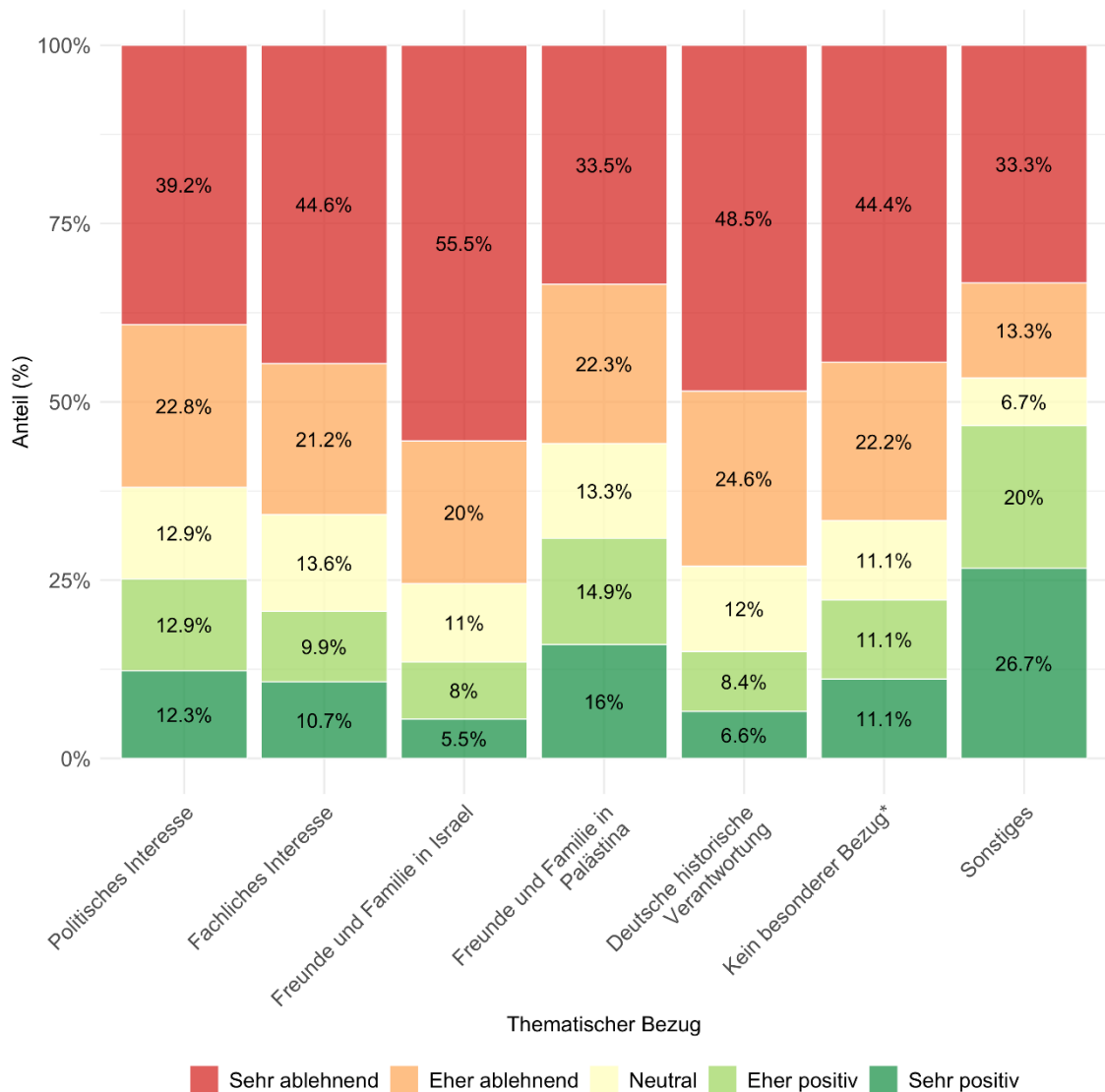
Während Befragte mit persönlichem Bezug zu Israel oder Palästina, mit fachlichem oder politischem Interesse oder mit Verweis auf die deutsche historische Verantwortung dieses Anliegen überwiegend „sehr positiv“ oder „eher positiv“ bewerteten, äußerten sich Befragte ohne spezifischen Bezug vergleichsweise häufiger kritisch: 12,5 Prozent von ihnen gaben an, dem besonderen Schutz jüdischen Lebens in Deutschland „eher ablehnend“ gegenüberzustehen. Die Ergebnisse dokumentieren zudem, dass eine überwiegende Mehrheit der Befragten Forderungen nach einem akademischen Boykotts Israels ablehnen. Diese Ergebnisse korrespondieren weitgehend mit der Haltung der befragten zur BDS-Kampagne. Am stärksten ausgeprägt ist die Ablehnung des Boykotts dabei in den Gruppen der Befragten, die Freunde oder Familie in Israel haben (55,5 Prozent „sehr ablehnend“) oder die ihren Bezug primär über die deutsche historische Verantwortung herstellen (48 Prozent „sehr ablehnend“).

Abbildung 14: q105 x q107_3: Haltung zum Schutz jüdischen Lebens in Deutschland



Doch unabhängig davon, ob der Bezug aus fachlichem Interesse, familiären Verbindungen nach Israel oder aus einem Gefühl historischer Verantwortung heraus besteht, äußerten die Befragten überwiegend eine „sehr ablehnende“ oder „eher ablehnende“ Haltung. Lediglich Befragte mit persönlichen/familiären Bindungen nach Palästina nahmen eine abweichende Position ein: Hier gaben 15 Prozent an, einem Boykott „positiv“ gegenüberzustehen, und 16 Prozent sogar „sehr positiv“. Zugleich lehnten jedoch auch 33,5 Prozent dieser Gruppe einen akademischen Boykott ab, was auf eine deutliche Heterogenität der Einstellungen hinweist.

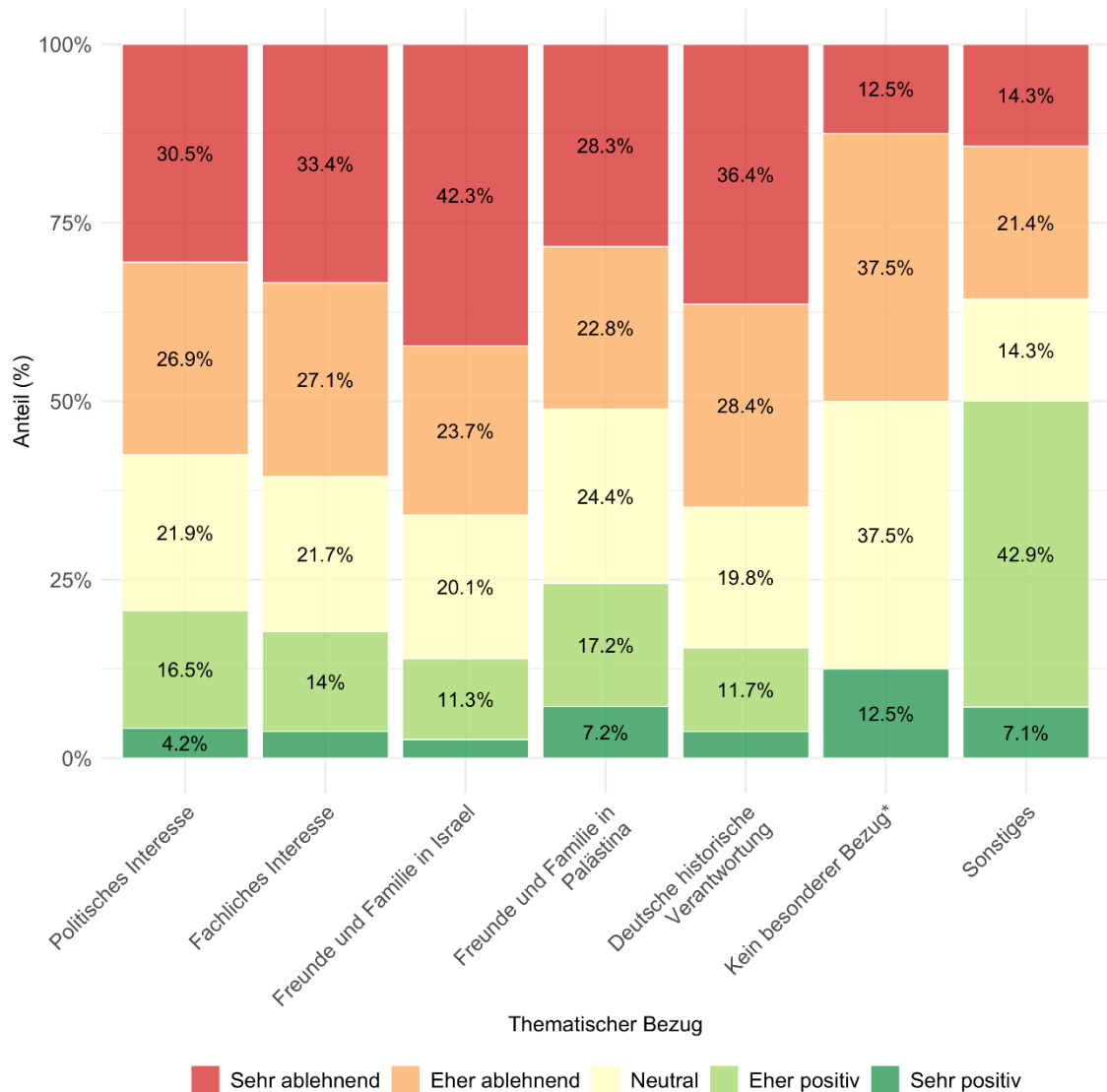
Abbildung 15: q105 x q107_1: Haltung zu akademischem Boykott von Israel



Differenzen bei Widerstand gegen die israelische Besatzung und Israels Recht auf Selbstverteidigung

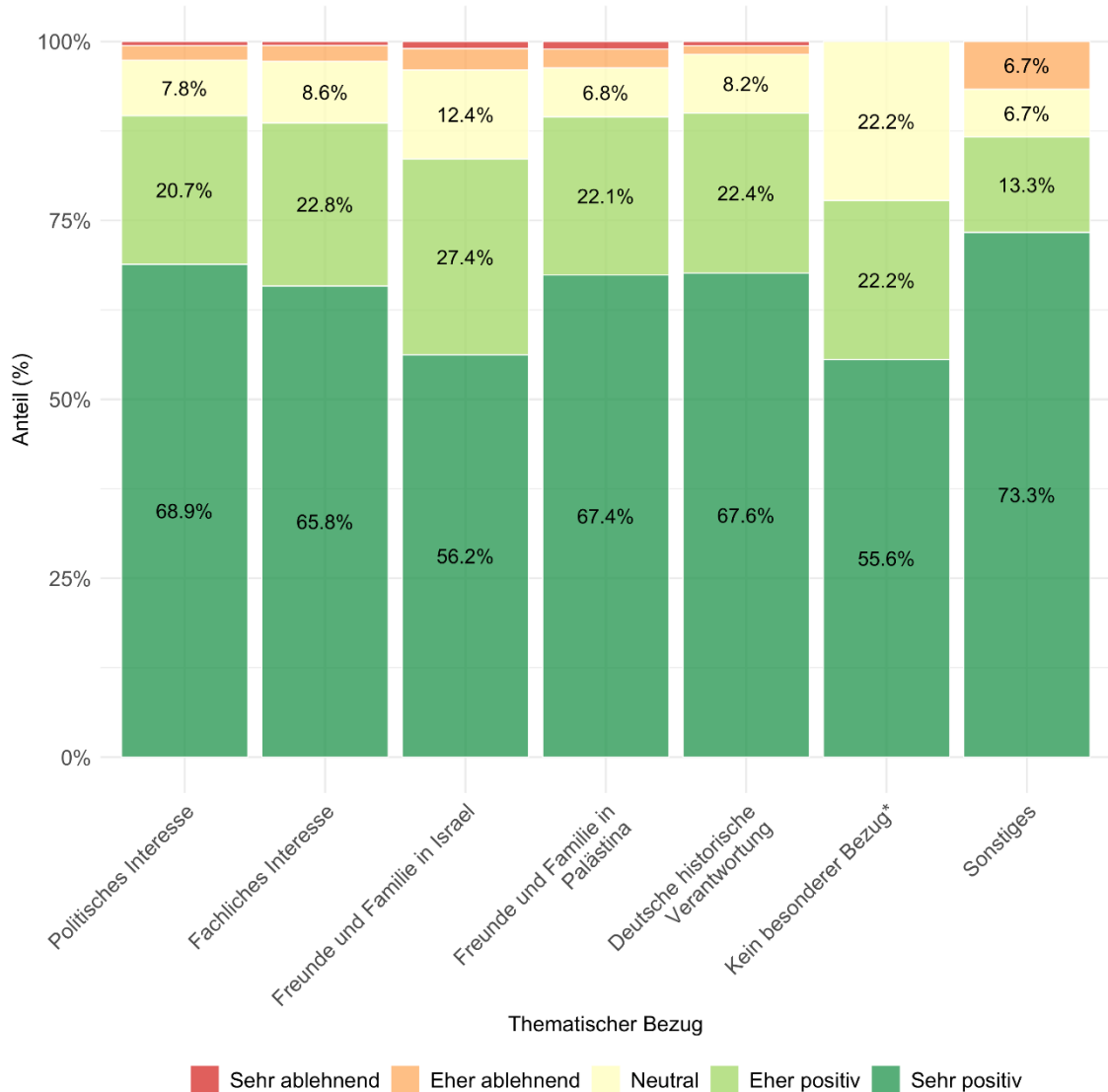
In Bezug auf den Widerstand gegen die israelische Besatzung (q107_10 und q107_11) zeigt sich ein differenziertes Bild. Bewaffneter Widerstand wird von der Mehrheit der Befragten abgelehnt („sehr ablehnend“ oder „eher ablehnend“). Eine Ausnahme bildet die Gruppe mit „sonstigem“ Bezug, von der 43 Prozent bewaffneten Widerstand „eher positiv“ bewerteten. Bemerkenswert ist, dass unter den Befragten ohne besonderen Bezug der höchste Anteil (12,5 Prozent) zu finden ist, die diese Form des Widerstands „sehr positiv“ einschätzten.

Abbildung 16: q105 x q107_10: Haltung zu bewaffnetem Widerstand gegen israelische Besatzung



Demgegenüber erfährt gewaltfreier Widerstand breite Zustimmung: Nahezu alle Befragten-
gruppen – unabhängig ihres Bezugs zu Israel/Palästina – bewerteten ihn überwiegend positiv.
Besonders hohe Zustimmungswerte finden sich bei Personen ohne besonderen Bezug sowie
bei jenen mit familiären Bindungen nach Israel, jeweils bei 56 Prozent. Nur vereinzelt lehnten
auch Befragte mit persönlichen Bindungen nach Israel oder Palästina gewaltfreien Wider-
stand „sehr“ ab.

Abbildung 17: q105 x q107_11: Haltung zu gewaltfreiem Widerstand gegen israelische Besatzung



Die Ergebnisse zur Verbindung zwischen thematischem Bezug und der Haltung gegenüber Israels Recht auf Selbstverteidigung (q107_12) zeigen ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen den Gruppen. Besonders stark ablehnend äußerten sich Befragte ohne spezifischen Bezug: 22 Prozent bewerteten das Selbstverteidigungsrecht Israels als „sehr ablehnend“. Demgegenüber sprachen sich Befragte mit familiären oder freundschaftlichen Bindungen nach Israel zu 39 Prozent „sehr positiv“ und zu 34 Prozent „eher positiv“ aus. Ähnlich hohe Zustimmungswerte finden sich bei jenen, die ihren Bezug aus der deutschen historischen Verantwortung ableiten (36 Prozent „sehr positiv“, 30 Prozent „eher positiv“). Auffällig ist zudem, dass selbst Befragte mit familiären oder freundschaftlichen Verbindungen nach Palästina zu einem nicht unerheblichen Anteil (25 Prozent) angaben, Israels Recht auf Selbstverteidigung „sehr positiv“ zu bewerten.

Umgang mit Hochschulprotesten

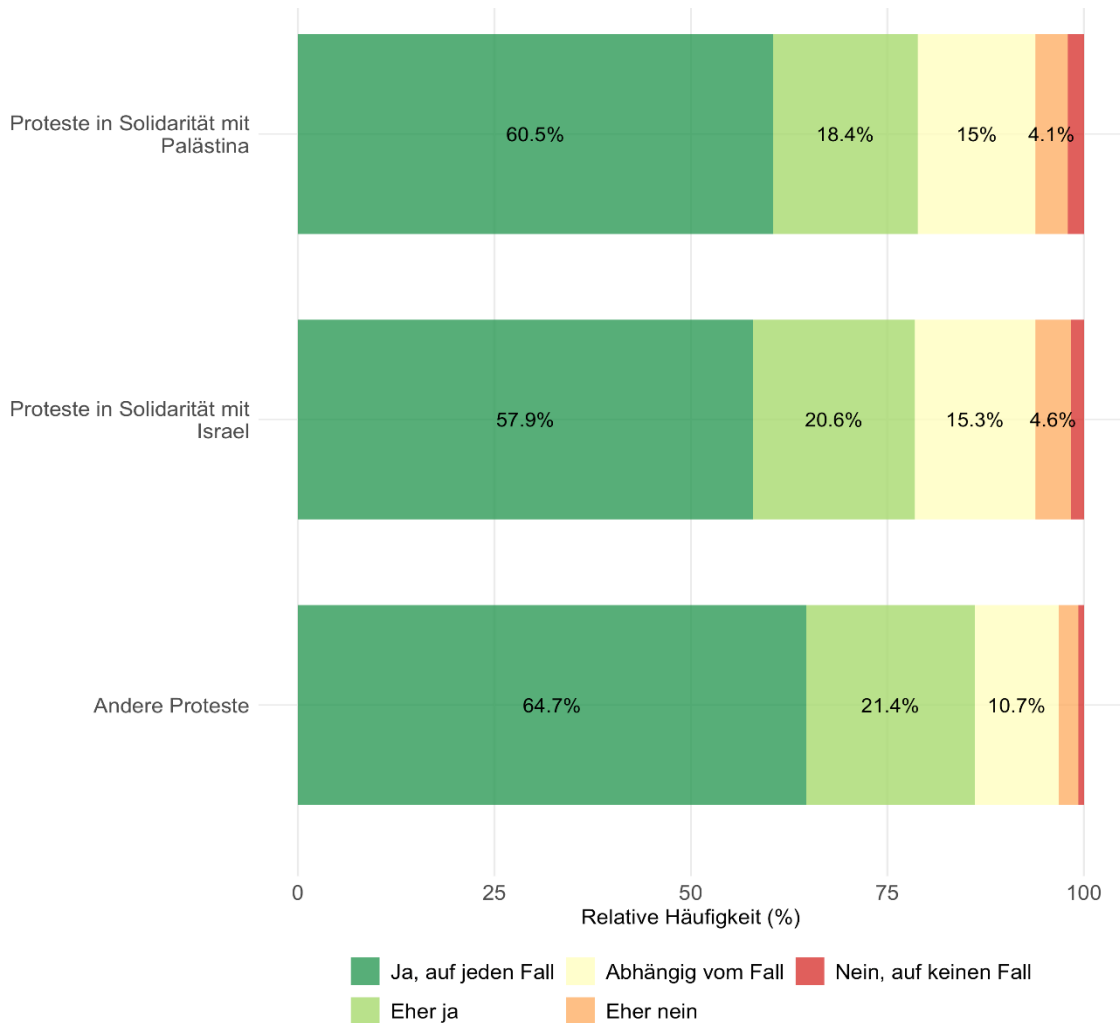
Ein weiteres beachtenswertes Ergebnis betrifft die Haltung zu studentischen Protesten an deutschen Hochschulen. So wird in der Gesamtschau das Recht auf Protest auf dem Campus unabhängig von deren politischer Ausrichtung durch die Befragten stark befürwortet. Sowohl „Proteste in Solidarität mit Palästina“ (MW=4,31) als auch „Proteste in Solidarität mit Israel“ (MW=4,29) erhalten eine nahezu identisch hohe Zustimmung. Dies unterstreicht die prinzipielle Befürwortung von Meinungsäußerungen im universitären Raum, selbst wenn die Inhalte kontrovers sind. Diese Haltung wird durch die Priorisierung der institutionellen Verantwortung untermauert: Der Schutz der Meinungsfreiheit (MW=4,80) wird von den Befragten als signifikant wichtigere Aufgabe für Hochschulen bewertet als die Gewährleistung eines ungestörten Lehr- und Forschungsbetriebs (MW=3,55).

Gleichzeitig polarisieren die Proteste, wenn es um die konkrete Bewertung der Motivatoren der Campusproteste geht: Solidarität mit Palästina begründen die Befragten vor allem mit der israelischen Kriegsführung in Gaza (84 Prozent), der Besatzungs- und Siedlerpolitik (79 Prozent) sowie der Trauer um palästinensische Opfer. Auf die Frage nach den Hauptgründen für pro-israelische Proteste an Universitäten geben sie vor allem die israelische Kriegsführung in Gaza (80 Prozent), das Existenzrecht Israels (79 Prozent), Antisemitismus an Hochschulen (74 Prozent) und die Ablehnung der Hamas (61 Prozent) an.

Diese Polarisierung spiegelt sich auch bei der Bewertung des Umgangs mit den Studierendenprotesten wider. So treten vor allem bei der Bewertung eines von den Befragten als restriktiv wahrgenommenen Umgangs deutscher Hochschulen mit Studierendenprotesten (q107_13) klare Unterschiede hervor: Während Untersuchungsteilnehmende mit spezifischem Bezug zu Israel/Palästina einen restriktiven Umgang überwiegend „sehr ablehnend“ bewerteten, zeigte sich unter den Befragten ohne persönlichen Bezug ein stärkeres Maß an Zustimmung: Jeweils 14 Prozent äußerten sich hier „sehr positiv“ bzw. „eher positiv“.



Abbildung 18: q111: Sollten grundsätzlich Studierendenproteste auf dem Campus stattfinden dürfen?



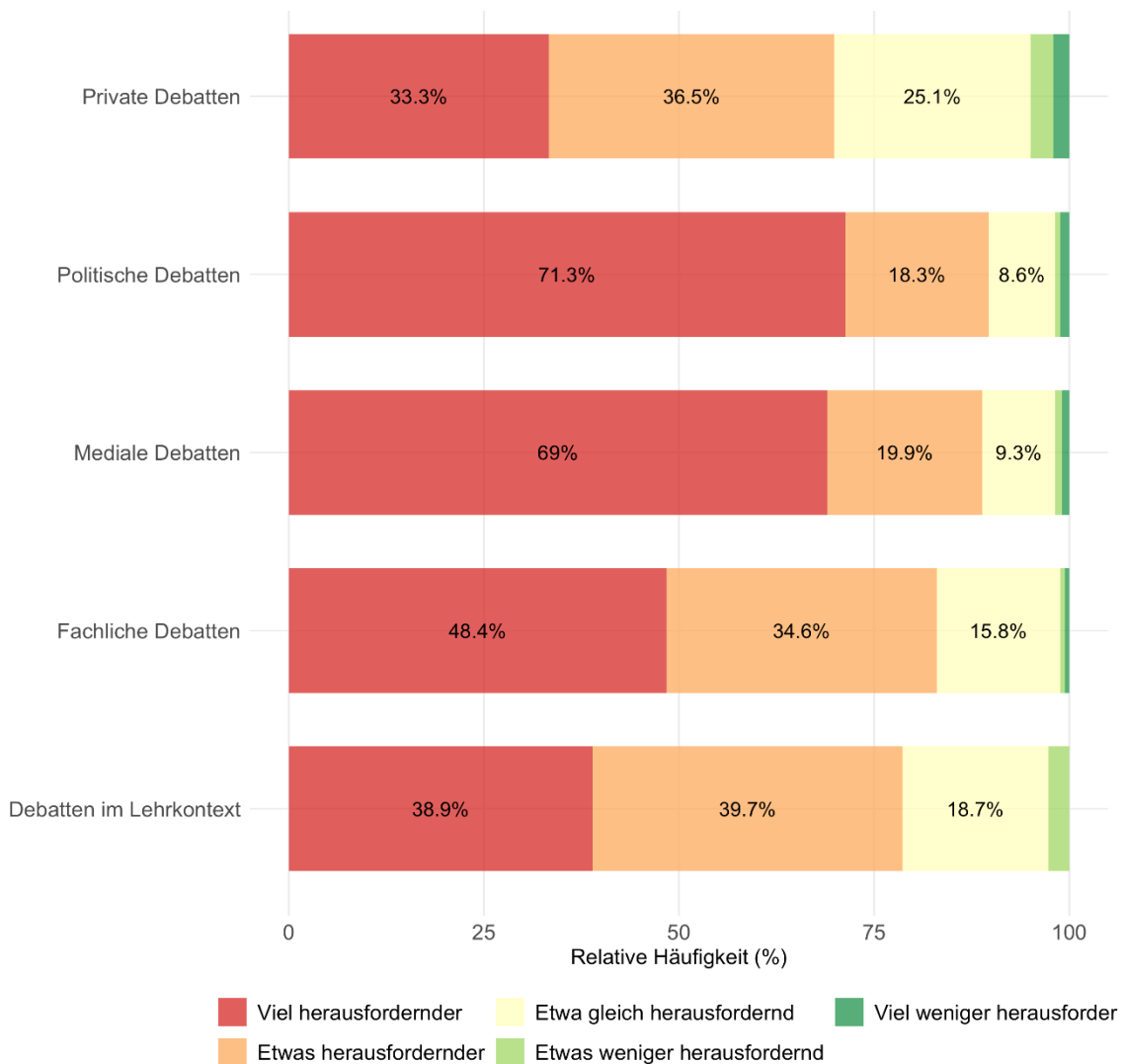
Wahrnehmung öffentlicher und fachlicher Debatten

Die Polarisierung in der konkreten Bewertung der Campusproteste korrespondiert mit der allgemein negativen Bewertung der Diskussionskultur. Bei der Bewertung der fachlichen Aufmerksamkeit, die spezifischen Themen zuteilwird, zeigen sich in der Auswertung der Befragung klare empirische Muster. Themen wie die „israelische Siedlungs- und Besatzungspolitik“ (MW=1,51), „Polizeigewalt gegen Protestierende“ (MW=1,51) und der „mögliche Konflikt zwischen deutscher Staatsräson und dem Völkerrecht“ (MW=1,56) erhalten die niedrigsten Mittelwerte. Dies deutet darauf hin, dass die Befragten diesen Aspekten eine hohe Relevanz beimessen und sie diese im Diskurs als unterrepräsentiert wahrnehmen. Im Gegensatz dazu

weisen Themen, die Antisemitismus und jüdisches Leben betreffen, höhere Mittelwerte auf, was auf eine als angemessen empfundene oder intensiver geführte Debatte hindeutet. Dazu gehören die „Bedrohungsperzeption jüdischer Studierender“ (MW=1,76), die „Zunahme von Antisemitismus in der Gesellschaft“ (MW=1,79) und die „Notwendigkeit des stärkeren Schutzes jüdischen Lebens“ (MW=1,84).

Unabhängig des Themas und ihrer jeweiligen Disziplin schätzt indes ein Großteil der Befragten zudem die aktuellen Diskurs zu Israel/Palästina im Vergleich zu früheren Kontroversen als deutlich herausfordernder ein. Insbesondere politische und mediale Debatten werden als viel herausfordernder wahrgenommen. Insgesamt werden aber auch private und fachliche Debatten, sowie Debatten im Lehrkontext überwiegend als herausfordernder wahrgenommen als frühere Kontroversen.

Abbildung 19: q202 - Wie bewerten Sie die Herausforderungen, die durch den aktuellen Diskurs zu Israel/Palästina für Sie entstehen, im Vergleich zu früheren Kontroversen? [Batterie]



Bedrohungspereptionen und Empathie

Abschließend wurde untersucht, ob und inwiefern persönliche Bezüge zu Israel/Palästina oder die politischen Positionierungen der Befragten mit einer veränderten Wahrnehmung der Bedrohungslage für Studierende und Mitarbeitende seit dem 7. Oktober 2023 korrelieren und mit der ihnen entgegengebrachten Empathie. Dazu wurde die Einschätzung jeweils für israelische, jüdische, palästinensische, arabische, muslimische sowie andere Hochschulangehörige differenziert erhoben.

Die Ergebnisse zeigen zunächst, dass Befragte ohne spezifischen Bezug die Bedrohungslage für israelische und jüdische Studierende und Mitarbeitende überwiegend als „zugenommen“ (67 Prozent) einschätzen. Befragte mit persönlichem oder fachlichem Bezug bewerten die Situation dagegen in ähnlichem Maße als „zugenommen“ bzw. „stark zugenommen“. Für palästinensische, arabische und muslimische Studierende wird die Bedrohungslage von allen Befragten weitgehend übereinstimmend als „stark“ bzw. „stark zugenommen“ oder als „gleichbleibend“ wahrgenommen. Hinsichtlich anderer Studierender und Mitarbeitender dominiert die Einschätzung, die Bedrohungslage sei „gleichgeblieben“. Auffällig ist jedoch, dass Befragte ohne besonderen Bezug mit 50 Prozent überdurchschnittlich häufig angaben, die Bedrohung habe auch in dieser Gruppe „zugenommen“.

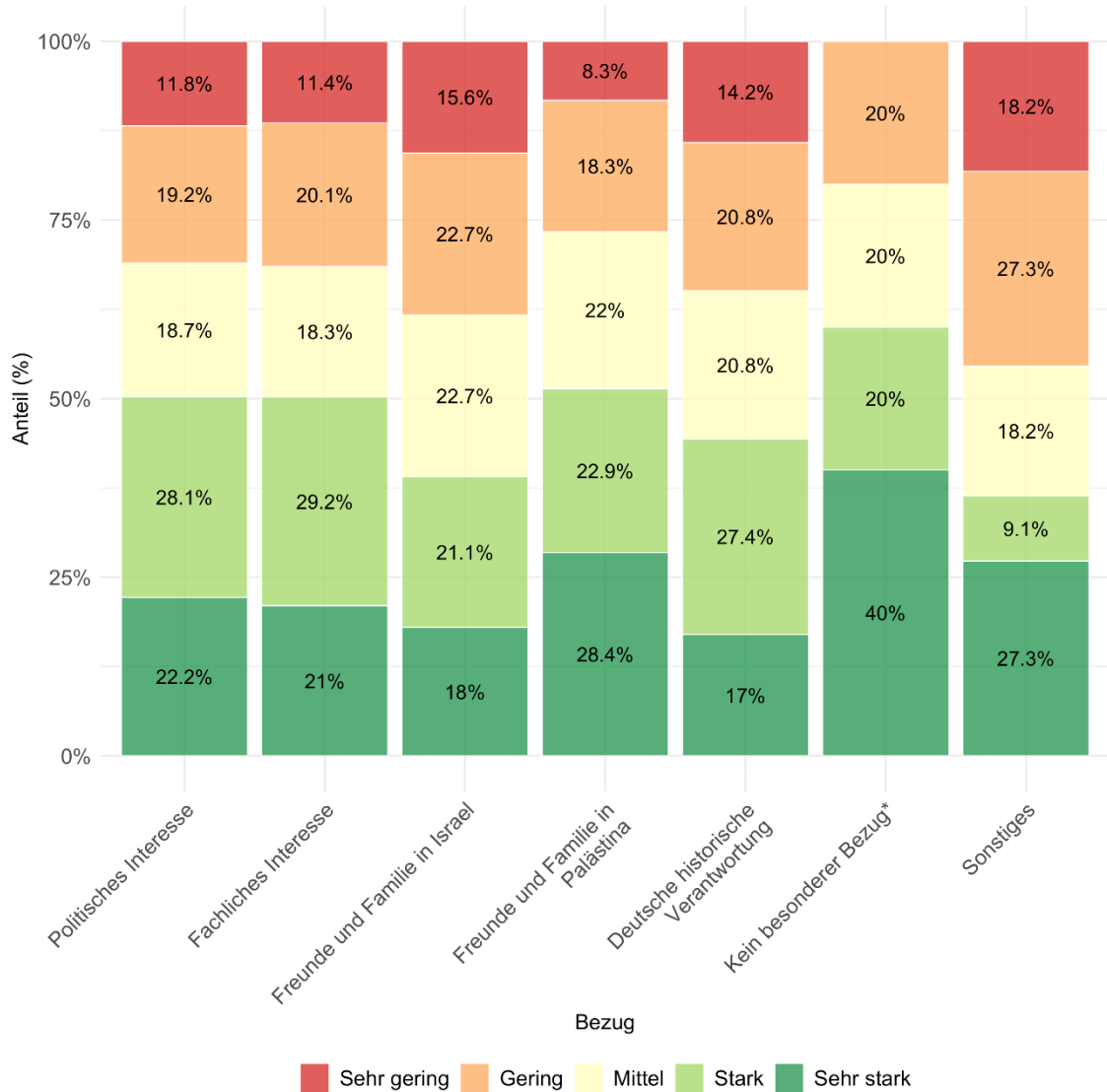
Unterschiedliche Empathiewahrnehmungen

Analysiert wurde auch, wie Befragte – abhängig von ihrem thematischen Bezug zu Israel/Palästina – die Empathie einschätzten, die von Bedrohung betroffene Hochschulangehörigen seit dem 7. Oktober 2023 erfahren. Die Ergebnisse weichen hier deutlich von der weithin geteilten Einschätzung einer gestiegenen Bedrohungslage ab. Insgesamt zeigt sich ein polarisierendes Muster: Während jüdische und israelische Hochschulangehörige eher als Empfänger starker Empathie wahrgenommen werden, werden palästinensische, arabische und muslimische Hochschulangehörige vergleichsweise oft als Gruppe beschrieben, der nur geringe Empathie entgegengebracht wird.

Bei israelischen Studierenden und Mitarbeitenden zeigte sich, dass Befragte mit Freunden oder Familie in Palästina besonders häufig angaben, dass dieser Gruppe „sehr stark“ Empathie entgegengebracht wurde (28 Prozent). Hingegen betonten Befragte mit Freunden oder Familie in Israel sowie jene, die ihren Bezug aus deutscher historischer Verantwortung ableiten, häufiger mittlere oder geringere Werte. Befragte ohne spezifischen Bezug geben an, dass sie mit 40 Prozent die Empathie gegenüber Israelis and deutschen Universitäten als „sehr stark“ empfinden, was mit Abstand der höchste Wert ist. Bei der Bewertung der Empathie gegenüber jüdischen Hochschulangehörigen ist dies sehr ähnlich. Hier wird abermals am häufigsten bei Befragten ohne besonderen Bezug die Empathie als „sehr stark“ (40 Prozent) empfunden. Ebenfalls hohe Werte zeigen Freunde/Familie in Palästina (27,7 Prozent „sehr stark“, 21,4 Prozent „stark“) politisches Interesse (24,5 Prozent / 26,0 Prozent, q105_1) und fachliches Interesse (22,3 Prozent / 27,7 Prozent, q105_2). Niedriger fällt die Kategorie bei Freunden/Familie in Israel aus.



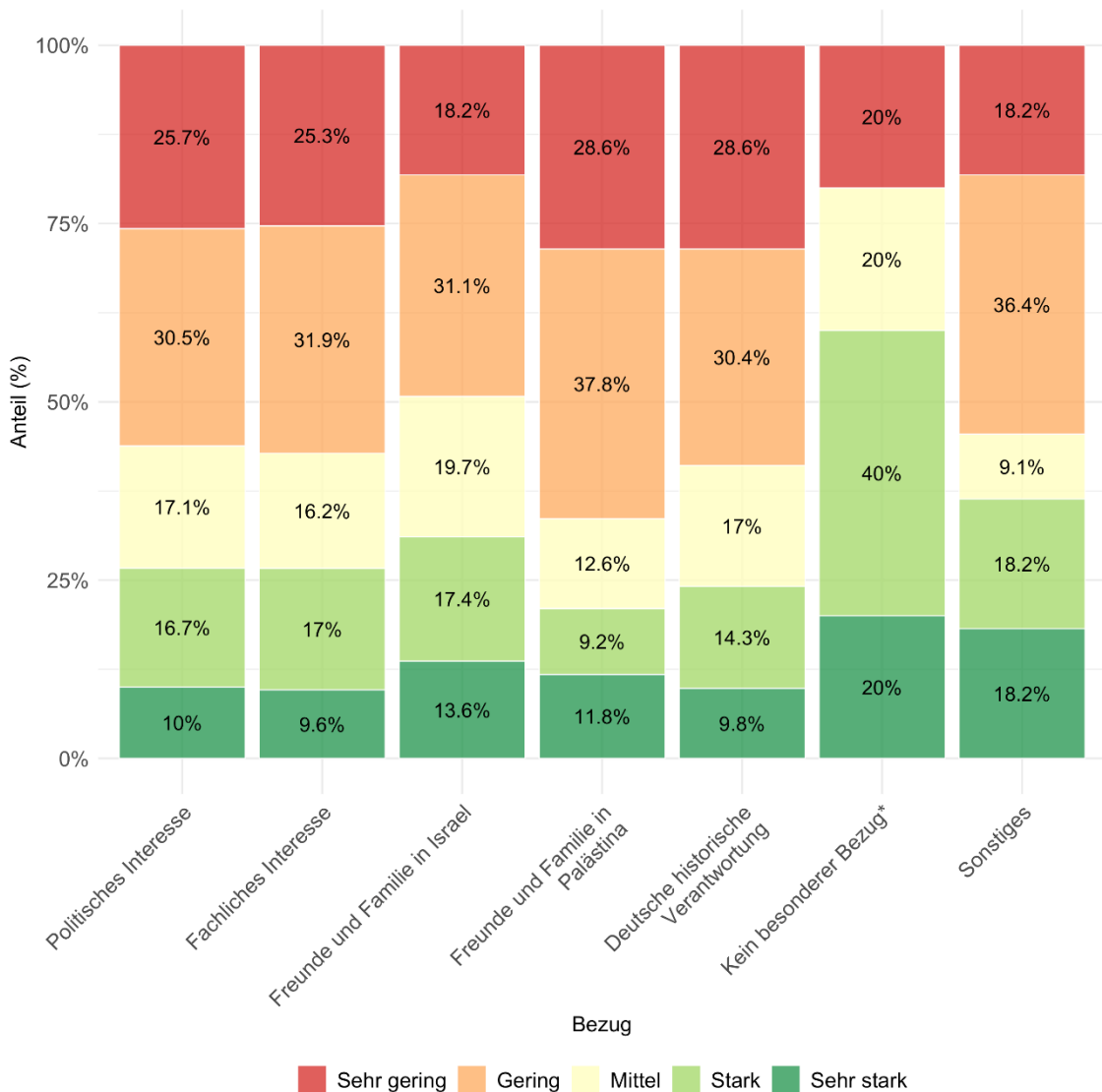
Abbildung 20: q105 (thematischer Bezug) x q401_1 (Empathie gegenüber israelischen Studierenden und Mitarbeitenden)



Bei palästinensischen Studierenden und Mitarbeitenden ist die Wahrnehmung der entgegengebrachten Empathie etwas anders aufgeteilt. Hier empfinden alle Befragten mit eigenem Bezug zum Thema, dass Palästinenser*innen an deutschen Hochschulen zu „sehr geringe“ oder „geringe“ Empathie entgegengebracht wird. Befragte mit politischem oder familiärem Bezug nach Palästina sehen am häufigsten ein „sehr geringes“ Maß an Empathie (rund 29 Prozent). Auch Befragte mit deutschem Verantwortungsbezug tendieren zu niedrigen Bewertungen. Interessant ist, dass Personen ohne spezifischen Bezug 60 Prozent die Palästinenser*innen entgegengebrachte Empathie als „stark“ bzw. „sehr stark“ bewerten.

Dieses Muster setzte sich auch bei arabischen und muslimischen Studierenden fort: Hier dominierten Einschätzungen, dass diesen Gruppen „sehr geringe“ oder „geringe“ Empathie entgegengebracht wurde. Besonders Befragte mit politischem Interesse sowie familiärem Bezug nach Palästina bewerteten die Empathie für muslimische Studierende auffallend kritisch (jeweils über 30 Prozent „sehr gering“). Auch hier sticht heraus, dass Befragte ohne Bezug die Empathie, die Palästinenser*innen, Muslim*innen und Arabischen Studierenden entgegengebracht wird, als "sehr stark" und stark" (60 Prozent) einschätzen. Andere Studierende und Mitarbeitende, die keiner der genannten Gruppen zugeordnet wurden, wurden insgesamt neutraler bewertet: Die Mehrheit sah hier ein mittleres Maß an Empathie.

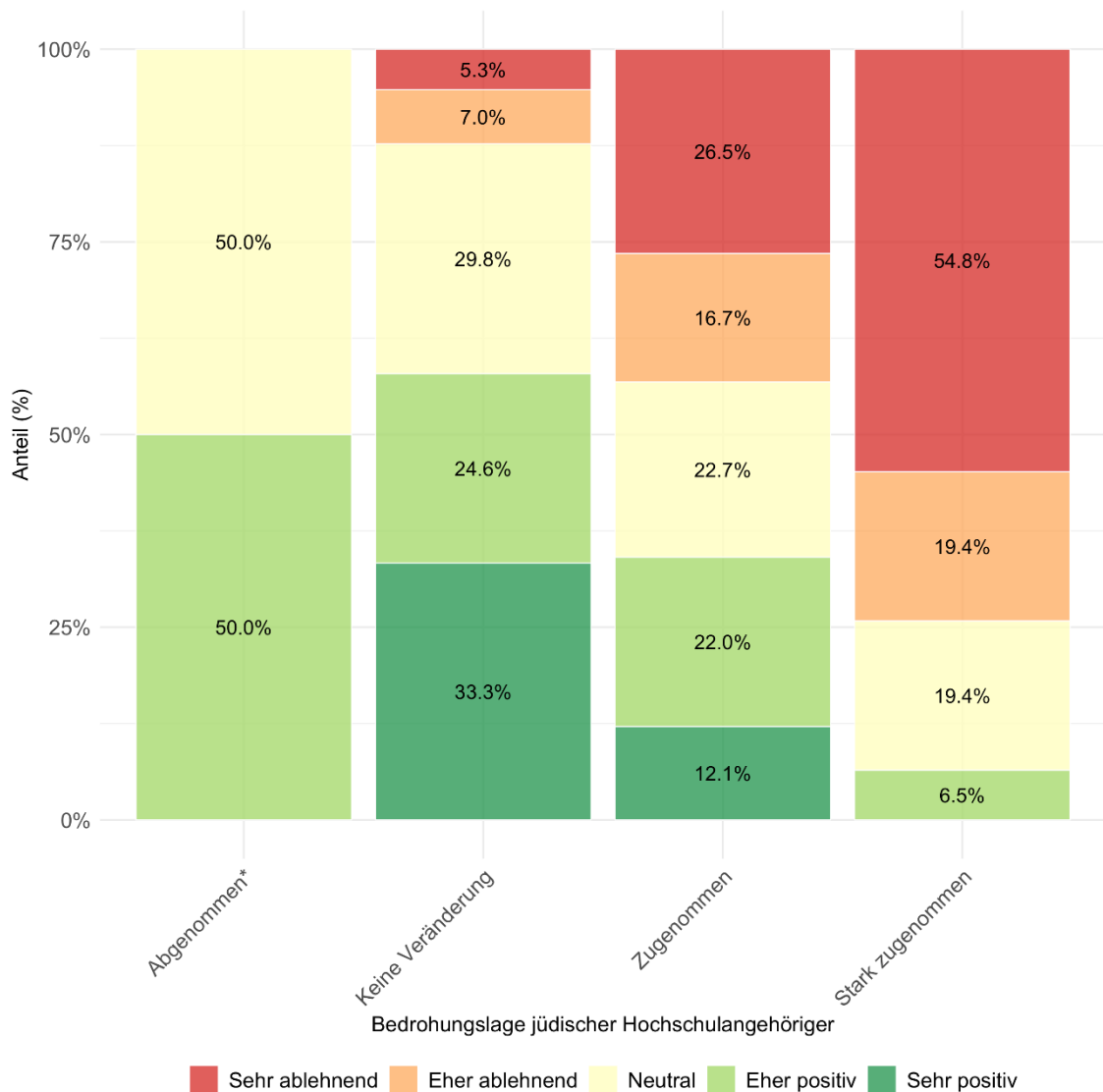
Abbildung 21: q105 (thematischer Bezug) x q401_3 (Empathie gegenüber palästinensischen Studierenden und Mitarbeitenden)



Politische Position und Bedrohung jüdischer Studierender

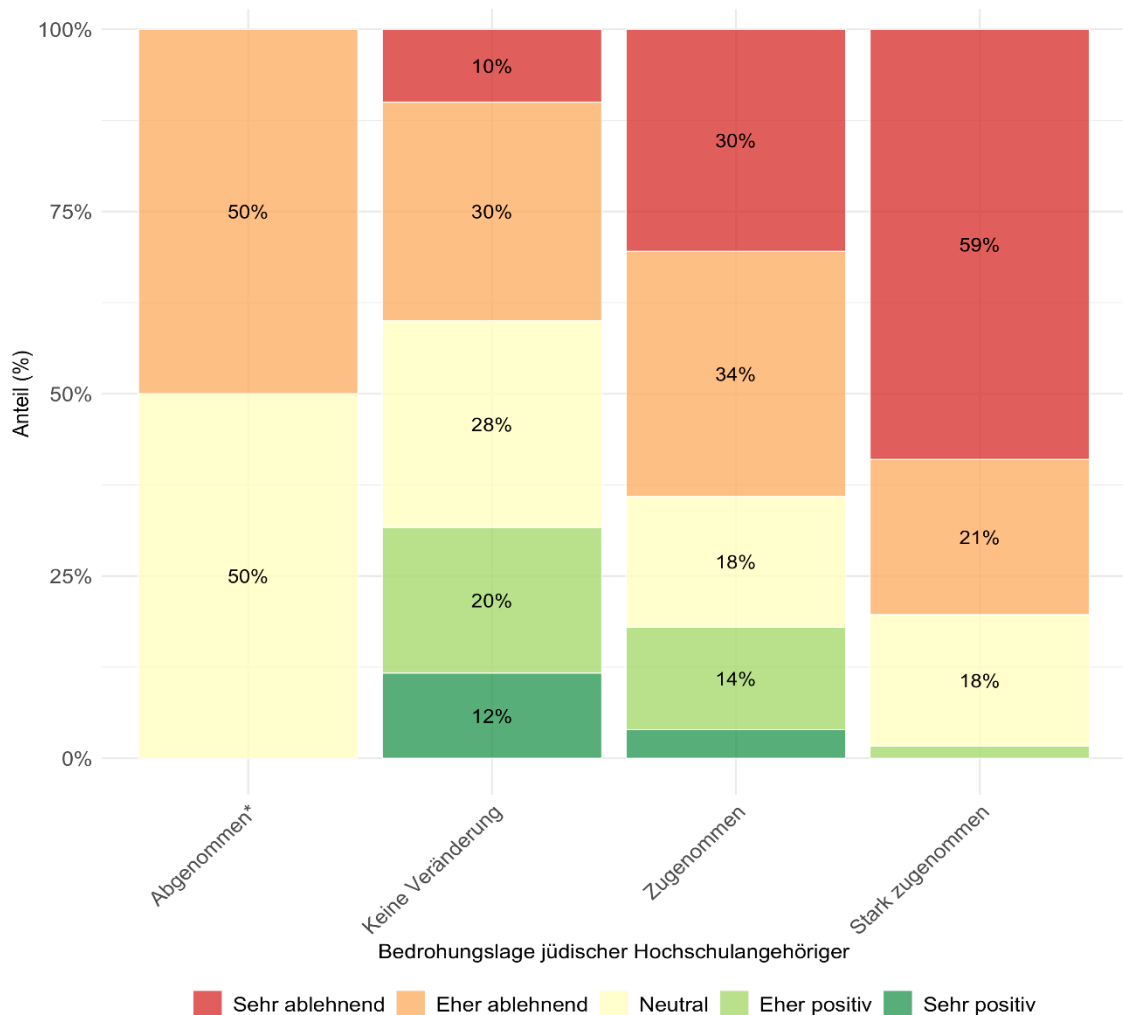
Weitere Ergebnisse zeigen, dass die Wahrnehmung einer zunehmenden oder stark zunehmenden Bedrohungslage jüdischer Hochschulangehöriger in deutlichem statistischen Zusammenhang mit der politischen Haltung von Befragten zum Nahostkonflikt steht. Dies wurde über die Haltung zur BDS-Kampagne, zu bewaffnetem Widerstand sowie zur IHRA-Antisemitismusdefinition gemessen, welche die öffentliche Debatte derzeit besonders polarisieren (Ambos u. a. 2023; Holz 2025; Ullrich 2023).

Abbildung 22: Q107_4 (Position gegenüber BDS-Kampagne) x q402_2 (Bedrohungslage jüdischer Hochschulangehöriger)



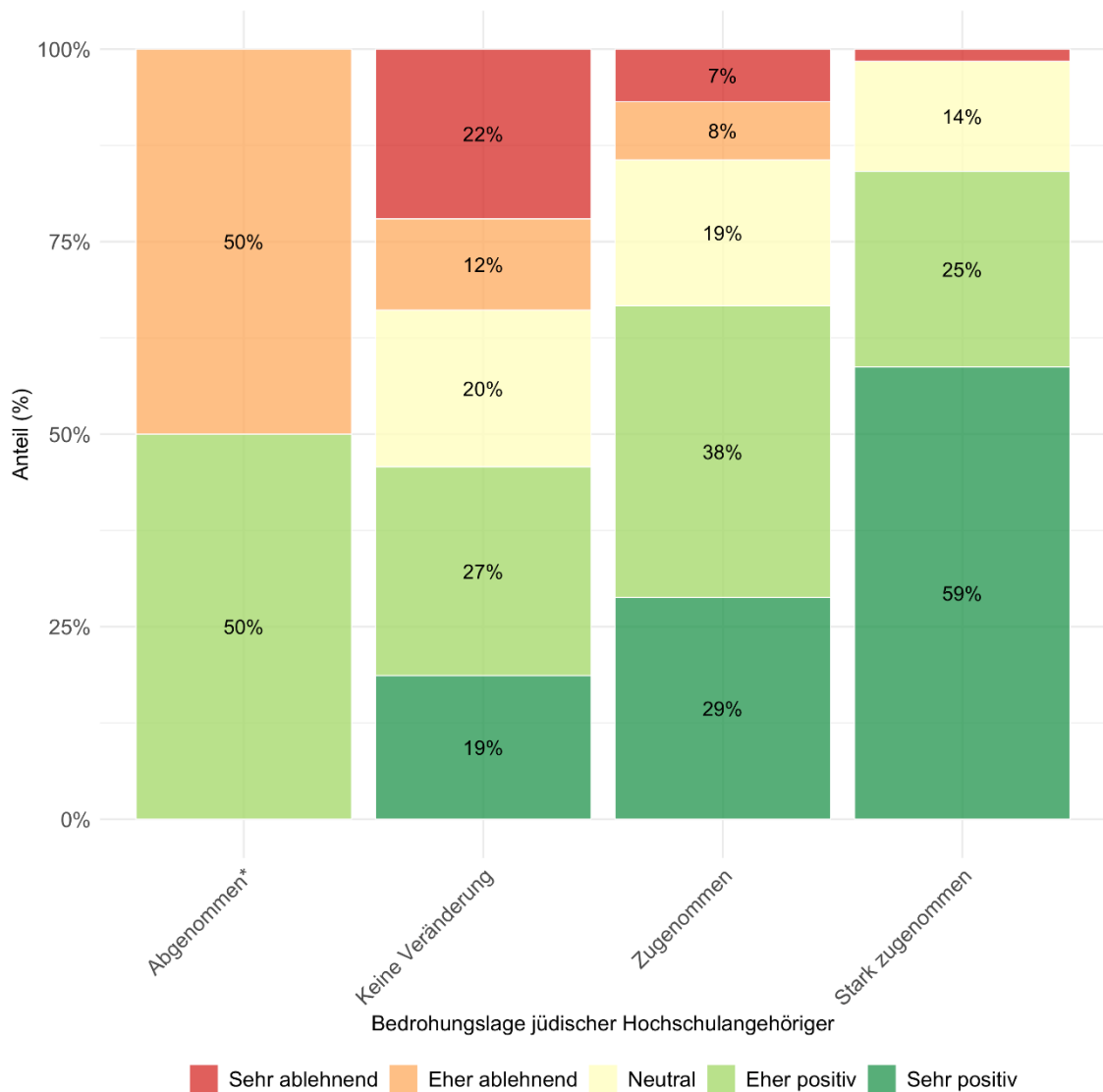
Hier zeigt sich: Befragte, die angaben, die Bedrohungslage jüdischer Studierender habe „stark zugenommen“, bewerteten BDS mit überwältigender Mehrheit als „sehr ablehnend“ (55 Prozent). Auch unter jenen, die eine „Zunahme“ wahrnahmen, äußerten sich fast die Hälfte ablehnend (26,5 Prozent „sehr ablehnend“, 16,7 Prozent „eher ablehnend“). Im Gegensatz dazu gaben Befragte, die die Bedrohungslage als gleichbleibend einschätzten, also „keine Veränderung“, häufiger neutrale (29,8 Prozent) oder positive Positionen ab (33,3 Prozent „sehr positiv“). Auffällig ist, dass selbst in der kleinen Gruppe, die eine „Abnahme“ der Bedrohungslage sah, BDS nicht befürwortet, sondern überwiegend „neutral“ (50 Prozent) oder „eher positiv“ (50 Prozent) bewertet wurde. Insgesamt deutet sich damit an, dass die Wahrnehmung der Verschärfung der Bedrohung für jüdische Hochschulangehörige statistisch eng mit einer klaren Ablehnung der BDS-Kampagne korreliert.

Abbildung 23: q107_10 ((Position gegenüber bewaffnetem Widerstand gegen israelische Besatzung) x q402_2 (Bedrohungslage jüdischer Hochschulangehöriger)



Die Analyse zum bewaffneten Widerstand gegen die israelische Besatzung (q107_10) zeigt ein ähnliches Muster: Je stärker die Bedrohungslage jüdischer Hochschulangehöriger als „stark zugenommen“ wahrgenommen wird, desto häufiger wird diese Form des Widerstands klar abgelehnt (59 Prozent „sehr ablehnend“). Auch unter denjenigen, die lediglich eine Zunahme der Bedrohung konstatieren, überwiegen ablehnende Positionen (34 Prozent „eher ablehnend“). Zustimmung („eher positiv“ oder „sehr positiv“) bleibt in allen Kategorien marginal.

Abbildung 24: q107_12 (Israels Recht auf Selbstverteidigung) x q402_2 (Bedrohungslage jüdischer Hochschulangehöriger)



Im Hinblick auf Israels Recht auf Selbstverteidigung (q107_12) zeigt sich das umgekehrte Muster: Unter jenen Befragten, die von einer stark zunehmenden Bedrohungslage ausgehen, befürworten 59 Prozent dieses Recht „sehr positiv“ und weitere 25 Prozent „eher positiv“. Auch bei denjenigen, die lediglich eine Zunahme angeben, dominieren positive Einschätzungen (38 Prozent „eher positiv“, 29 Prozent „sehr positiv“). Ablehnung von Israels Recht auf Selbstverteidigung findet sich vor allem bei Befragten, die keine Veränderung (22 Prozent „sehr ablehnend“ und 12 Prozent „eher ablehnend“) oder eine Abnahme der Bedrohungslage sehen (50 Prozent „eher ablehnend“). Interessant ist, dass 50 Prozent jener, die Israels Recht auf Selbstverteidigung als „eher positiv“ bewerten, die Bedrohungslage für Jüdische Hochschulangehörige in Deutschland als "abgenommen" bewerten.

Bezüglich der IHRA-Antisemitismusdefinition (q107_14) – der 64,4 Prozent aller Befragten negativ und nur 19,3 Prozent positiv gegenüberstehen – zeigt sich wiederum ein polarisiertes Bild: Unter denjenigen, die eine starke Zunahme der Bedrohungslage wahrnehmen, äußern sich 25 Prozent „eher positiv“ und 21 Prozent „sehr positiv“, und geben zugleich 19 Prozent eine „sehr ablehnende“ und 25 Prozent eine „eher ablehnende“ Haltung an. Auch fast 70 Prozent der Befragten, die die Bedrohungslage als „zugewonnen“ einstufen, haben eine „eher“ bzw. „sehr“ ablehnende Haltung gegenüber der IHRA-Definition. Wer die Bedrohungslage als gleichbleibend einstuft, zeigt besonders hohe Ablehnungswerte (53 Prozent „sehr ablehnend“).

Politische Position und Bedrohung arabischer Studierender

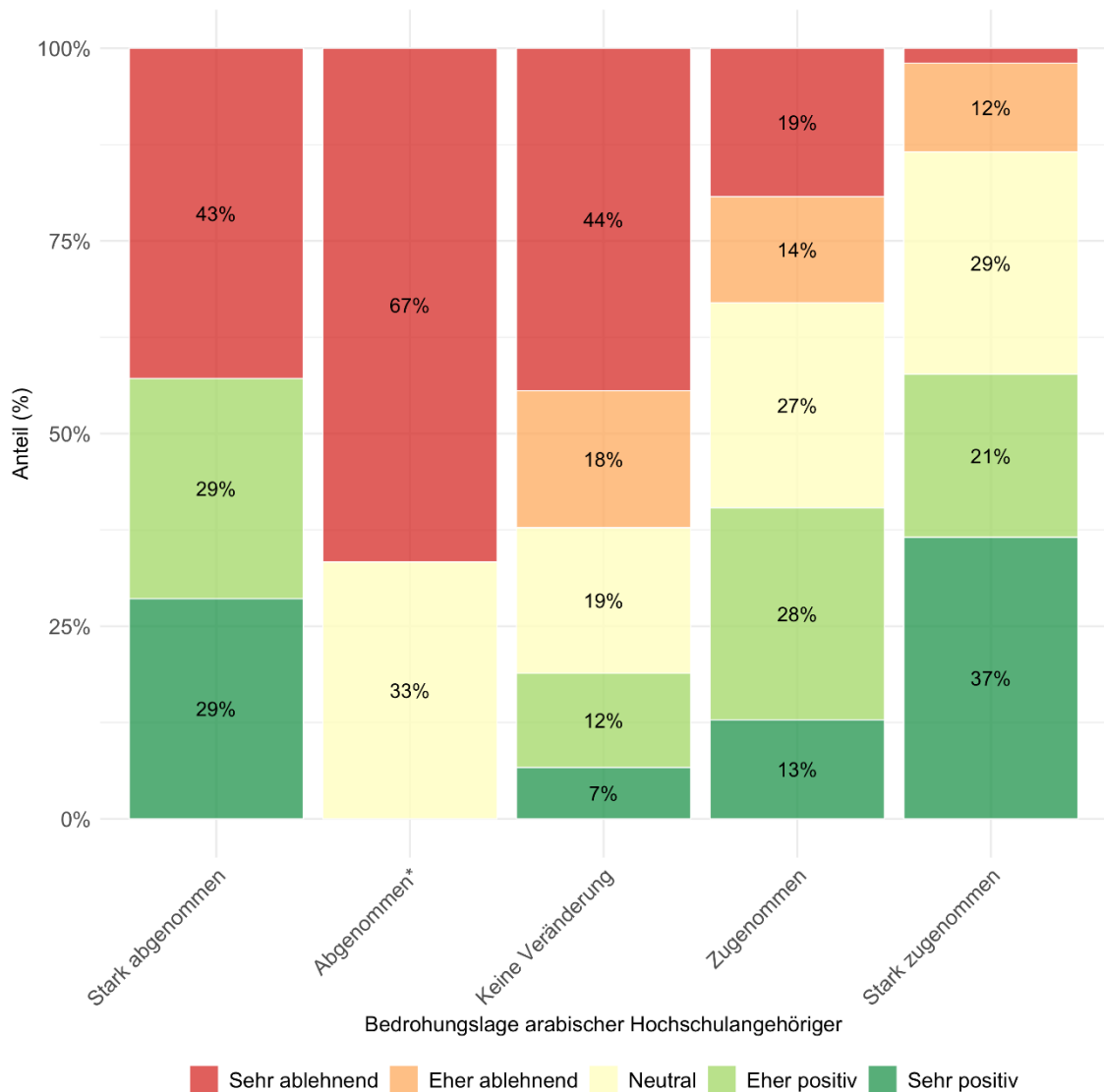
In ähnlicher Weise korrelieren die Positionen zu zentralen Israel/Palästina-bezogenen Themen mit der Einschätzung der Bedrohungslage für arabische Hochschulangehörige. Bei Befragten, die der BDS-Kampagne „sehr positiv“ oder „eher positiv“ gegenüberstehen, dominiert klar die Einschätzung, dass deren Bedrohungslage „stark zugewonnen“ habe (37 Prozent und 21 Prozent). Umgekehrt neigen diejenigen, die BDS „sehr ablehnen“ oder „eher ablehnen“, zur Wahrnehmung, dass die Bedrohungslage „stark abgenommen“ habe (43 und 67 Prozent). Ein vergleichbares Muster zeigt sich beim bewaffneten Widerstand gegen die israelische Besatzung: Je stärker dieser befürwortet wird, desto häufiger wird auch eine „stark zugewonnene“ Bedrohungslage arabischer Hochschulangehöriger wahrgenommen (14 Prozent bei „sehr positiv“). Dagegen stehen Befragte, die bewaffneten Widerstand „sehr ablehnen“, mit 57 Prozent überwiegend auf der Seite derjenigen, die die Bedrohungslage als „stark abgenommen“ einschätzen. Aber auch 24 Prozent jener, die den bewaffneten Widerstand gegen Israel „sehr ablehnen“, empfinden die Bedrohung für Arabische Hochschulangehörige als „zugewonnen“.

Auch hier kehrt sich das Muster bezüglich des Rechts Israels auf Selbstverteidigung um: Befragte, die dieses Recht bejahen, gehen seltener von einer Verschärfung der Bedrohungslage arabischer Hochschulangehöriger aus. So sehen 67 Prozent derjenigen, die „sehr positiv“ antworteten, und 43 Prozent der „sehr positiv“-Antwortenden die Lage als „abgenommen“ und „stark abgenommen“ an. Während Befragte mit einer „sehr ablehnenden“ Position



zu Israels Selbstverteidigung mehrheitlichangaben, die Bedrohungslage habe „stark abgenommen“ (29 Prozent). dabei ist interessant, dass auch jene, die das Selbstverteidigungsrecht Israels als „eher positiv“ und „sehr positiv“ bewerten, die Bedrohungslage für arabische Hochschulangehörige als zugenommen einstufen (zusammengenommen 60 Prozent).

Abbildung 25: q107_4 (Position gegenüber BDS-Kampagne) x q402_4 (Bedrohungslage arabischer Hochschulangehörigen)



Transnationaler Vergleich

Wie bereits weiter oben zum Forschungsstand hervorgehoben, stellt die US-Amerikanische Studie von Shibley Telhami und Marc Lynch (University of Maryland), die seit mehreren Jahren im Rahmen des Middle East Scholar Barometer regelmäßig Befragungen unter US-amerikanischen Nahost-Expert*innen durchführt, einen wichtigen Bezugspunkt der vorliegenden Analyse dar. In der achten Welle der Erhebung, die zwischen dem 31. Januar und dem 19. Februar 2025 stattfand und 614 Befragte einschloss, wurde der Fokus insbesondere auf Fragen von Selbstzensur und Wissenschaftsfreiheit im Kontext der Trump-Administration und neuer politischer Realitäten seit dem 7. Oktober gelegt. Die Ergebnisse zeichnen ein deutliches Bild: Bereits unter der Biden-Regierung hatten viele Forschende das Gefühl, ihre Positionierung einschränken zu müssen, doch unter Trump verschärfte sich der Druck nochmals erheblich. So berichteten im Frühjahr 2024 rund 83 Prozent der Befragten, dass sie sich im professionellen Umgang mit Fragen zu Israel/Palästina selbst zensierten. In der aktuellen Befragung gaben 57 Prozent an, dass sich dieser Druck seit Trumps Amtsantritt nochmals verstärkt habe, und 43 Prozent erklärten, persönlich neue Restriktionen oder institutionelle Sanktionen im Zusammenhang mit dem Genozid in Gaza erfahren zu haben.

Die Gründe für Selbstzensur sind vielfältig, reichen jedoch zunehmend über individuelle Karrieresorgen hinaus. Neben dem Risiko von Reputationsschäden verweisen viele auf politische Eingriffe in die Hochschulen, den Entzug von Fördermitteln und eine von außen wie innen verstärkte Kontrolle von Lehrpraxis und Forschungsinhalten. Besonders auffällig ist, dass ein großer Teil der Befragten den Druck vor allem im Zusammenhang mit Kritik an Israel verortet: 83 Prozent derjenigen, die Selbstzensur praktizieren, nannten dies als Hauptgrund. Parallel dazu sehen 78 Prozent die Zeit seit dem 7. Oktober 2023 als die restriktivste Phase ihrer akademischen Laufbahn im Hinblick auf Redefreiheit.

Im Vergleich zur deutschen Situation lassen sich sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede herausarbeiten. In beiden Kontexten zeigt sich, dass der Themenkomplex Israel/Palästina in besonderer Weise mit Einschränkungen der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit korreliert und häufig zur Selbstzensur führt. Auch in Deutschland berichten Wissenschaftler*innen von einem hohen Druck, ihre Positionierung zu kontrollieren, und verweisen – ähnlich wie ihre US-Kolleg*innen – auf die Gefahr beruflicher Konsequenzen und den Verlust von Fördermitteln. Zugleich nimmt im deutschen Kontext der Angriff durch Hassrede, Anfeindungen und Silencing Einfluss auf die Selbstzensur von Wissenschaftler*innen. Es treten jedoch auch Unterschiede hervor: Während in den USA politische Eingriffe auf nationaler Ebene (etwa durch die Administration) und eine restriktive Gesetzgebung im Vordergrund stehen, wird die deutsche Situation stärker durch den öffentlichen und medialen Diskurs sowie durch institutionelle Sanktionen innerhalb von Hochschulen geprägt; wobei es hier innerhalb akademischer Institutionen auch Maßnahmen gibt, Eingriffen von außen und einer damit verbundenen Gefährdung von Rede-, Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit im Hochschulkontext entgegenzuwirken.



Zusammenfassung und vorläufige Schlussfolgerungen

Die hier vorgestellten Befunde weisen auf bedeutsame Entwicklungen und Verschiebungen in der deutschen Wissenschaftslandschaft hin. Unter der normativen Prämisse, dass akademische Freiheit ein konstitutives Element demokratischer Wissensproduktion ist, erscheinen die berichteten Wahrnehmungen von Einschränkungen und Selbstzensur besorgniserregend. Die vorliegenden Befunde zeigen eine breit geteilte Wahrnehmung verschärfter Risiken für Rede-, Lehr- und Forschungsfreiheit seit dem 7. Oktober 2023. Knapp 85 Prozent der Befragten sehen eine Zunahme der Bedrohungslage. Dieses Klima geht einher mit weit verbreiteter Selbstzensur, die besonders häufig in öffentlichen Formaten, in Medienbeiträgen und selbst im Kollegium auftritt. Gründe sind vor allem Angst vor Missverständnissen, Anfeindungen und beruflichen Konsequenzen.

Bemerkenswert ist die Statusdimension. Doktorand*innen, Postdocs sowie außeruniversitär Beschäftigte berichten die höchsten Niveaus an Selbstzensur und benennen Drittmittelabhängigkeit, befristete Beschäftigung und Reputationsrisiken als zentrale Treiber. Disziplinär sind Kulturwissenschaften, Arabistik und Islamwissenschaft sowie Politik- und Sozialwissenschaften besonders betroffen. Gleichzeitig bleibt der Befund für die Breite des Systems relevant. Selbst gesichertere Statusgruppen berichten substanzielle Zurückhaltung, wenn auch in geringerer Intensität. Zusammengefasst zeichnen die Daten das Bild eines Klimas der Vorsicht, in dem das Bedürfnis nach Selbstzensur weit verbreitet ist. Es wird maßgeblich von der Karrierestufe, der damit verbundenen Jobsicherheit und der Abhängigkeit von externen Finanzierungsquellen geprägt.

Zugleich berichten viele von konkreten Vorfällen, von Antisemitismusvorwürfen über digitale Hassrede bis zu Ausladungen. In der Bewertung politischer Kontroversen zeigt die Stichprobe kein Lagerdenken im Sinne eines einfachen pro oder contra. Es gibt hohe Konsense für einen Waffenstillstand, für den besonderen Schutz jüdischen Lebens und gegen akademische Boykotte. Polarisierungen entstehen vor allem bei der Bewertung bewaffneten Widerstands, beim Selbstverteidigungsrecht Israels und in der Einschätzung des Umgangs mit Campusprotesten. Auffällig sind asymmetrische Empathiewahrnehmungen. Jüdische und israelische Hochschulangehörige werden eher als Empfänger starker Empathie gesehen. Palästinensische, arabische und muslimische Hochschulangehörige erleben nach Einschätzung vieler Befragter eher geringe Empathie. Diese Wahrnehmungen variieren systematisch mit persönlichen Bezügen und politischen Positionierungen und strukturieren den Konfliktverarbeitungsraum an Hochschulen.

Die vorliegende Studie hat Grenzen. Gleichwohl sprechen die Robustheit der Muster über Statusgruppen und Disziplinen sowie die Konvergenzen mit internationalen Referenzen dafür, dass die identifizierten Trends real sind und nicht auf Selektionsartefakte reduzierbar. Weitere Forschung sollte Längsschnittdaten, Verhaltensmaße und organisationsbezogene Prozessanalysen verbinden, um Kausalpfade zwischen öffentlichem Druck, institutionellen Reaktionen und individueller Selbstzensur genauer zu bestimmen. Zudem bedarf es systematischerer komparativer Forschung. Denn im transnationalen Vergleich mit dem Middle



East Scholar Barometer wird Selbstzensur als internationales Phänomen erkennbar. Zugleich differiert der institutionelle Kontext. In den USA werden nationale Politik und Gesetzgebung als treibende Faktoren markiert. In Deutschland verweisen die Ergebnisse stärker auf medialen und öffentlichen Druck, interne Regularien sowie auf Sicherheits- und Reputationslogiken innerhalb von Einrichtungen. Länderübergreifend weisen die Studienergebnisse jedoch auf eine wachsende Schieflage in Bezug auf die Wissenschaftsfreiheit hin. Für die zukünftige Gestaltung akademischer Räume ergeben sich aus diesen Ergebnissen eine Reihe von Implikationen, die sich hier abschließend zumindest skizzieren lassen:

Erstens deuten die statusspezifischen Unterschiede in der Selbstzensur auf die Notwendigkeit gezielter Schutzmechanismen für Wissenschaftler*innen in prekären Karrierephasen hin, die besonders vulnerabel für antizipierte Sanktionen sind. Nötig sind klar formulierte und durchsetzbare Garantien für akademische Rede- und Lehrfreiheit, inklusive transparenter Due-Process-Verfahren bei Beschwerden, Rechtsschutz und Beratungsangeboten, Mindeststandards für den Umgang mit Vorwürfen, Schutz vor missbräuchlichen Kampagnen sowie vertrauliche Anlaufstellen.

Zweitens könnten transparente institutionelle Leitlinien zur Meinungsäußerung die Diskrepanz zwischen wahrgenommenen Erwartungen und tatsächlichen institutionellen Positionen reduzieren. Entscheidungen zu Absagen, Sicherheitsauflagen und Raumvergabe müssen auf überprüfbaren Kriterien beruhen und proportional begründet werden. Externe Eingriffe sind transparent zu machen.

Drittens weisen die polarisierten Empathie-Wahrnehmungen auf die Notwendigkeit einer reflektierten Debattenkultur hin, die unterschiedliche Betroffenheiten anerkennt, ohne hierarchisierte Solidaritäten zwischen marginalisierten Gruppen zu reproduzieren. Das betrifft moderierte Dialoge, Konferenz- und Lehrveranstaltungen und öffentliche Kommunikation gleichermaßen. Ziel muss eine Campuskultur sein, die unterschiedliche Betroffenheiten anerkennt, ohne Empathie entlang identitärer Grenzziehungen zu staffeln.

Abschließend zeigen die Befragungsergebnisse, dass im Umgang mit Studierendenprotesten und verhärteter diskursiver Fronten vor allem Maßnahmen, die auf Dialogorientierung, Transparenz und die Wahrung des Versammlungsrechts setzen, im Feld breite Zustimmung finden. Sie schaffen nicht nur Schutz, sondern stärken auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit akademischer Institutionen und werden von Wissenschaftler*innen mit fachlichem Bezug zum Nahostkonflikt deutlich positiver bewertet als Strafverfolgung und die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden.

Im Kern steht also eine Gestaltungsaufgabe. Wissenschaftsfreiheit ist nicht nur zu verteidigen, wenn sie angegriffen wird. Sie muss aktiv organisiert werden. Hochschulen können und sollen – so die klare Forderung der Befragten – ihre Autonomie nutzen, um geschützte Räume des Streits zu sichern, vulnerable Gruppen zu stärken, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten und aktiv zur Deeskalation gesellschaftlicher Konflikte beizutragen. Nur dann lässt sich das Spannungsverhältnis zwischen offener Debatte und real erfahrener Verengung produktiv bearbeiten.



Literatur

- Ambos, Kai, Cengiz Barskanmaz, Maxim Bönnemann, u. a. 2023. „Die Implementation Der Ihra-Arbeitsdefinition Antisemitismus Ins Deutsche Recht – Eine Rechtliche Beurteilung“. *Verfassungsblog*, Dezember 18. <https://verfassungsblog.de/die-implementation-der-ihra-arbeitsdefinition-antisemitismus-ins-deutsche-recht-eine-rechtliche-beurteilung/>.
- Anderson, Ashley A., und Heidi E. Huntington. 2017. „Social Media, Science, and Attack Discourse: How Twitter Discussions of Climate Change Use Sarcasm and Incivility“. *Science Communication* 39 (5): 598–620. <https://doi.org/10.1177/1075547017735113>.
- Blümel, Clemens, und Annika Just. 2024. *Anfeindungen gegen Forschende Eine repräsentative Studie des Projektes KAPAZ: Kurzdossier*. Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung. http://www.hiig.de/wp-content/uploads/2024/05/Erste-Ergebnisse_Umfrage-zu-Anfeindungen-gegen-Forschende.pdf.
- Blumenthal, Julia von, und Günter Ziegler, guests. 2025. „Krise der Wissenschaftsfreiheit“. *Lehre und Demokratie*, Regie von Sebastian Engelbrecht. Deutschlandfunk, März 23. <https://www.deutschlandfunk.de/bedrohte-wissenschaft-wissenschaftsfreiheit-in-d-nahost-debatte-und-in-den-usa-100.html>.
- Cole, Jonathan R. 2017. „Academic Freedom as an Indicator of a Liberal Democracy“. *Globalizations*, Mai 15, 1–7. <https://doi.org/10.1080/14747731.2017.1325169>.
- Dreißigacker, Arne, Philipp Müller, Anna Isenhardt, und Jonas Schemmel. 2024. „Online Hate Speech Victimization: Consequences for Victims’ Feelings of Insecurity“. *Crime Science* 13 (1): 1–13. <https://doi.org/10.1186/s40163-024-00204-y>.
- Fabian, Gregor, Mirjam Fischer, Julian Hamann, u. a. 2024. „Akademische Redefreiheit: Kurzbericht zu einer empirischen Studie an deutschen Hochschulen“. Preprint, Oktober 24. <https://doi.org/10.31235/osf.io/mycjs>.
- Goldenberg, Maya J. 2021. *Vaccine Hesitancy: Public Trust, Expertise, and the War on Science*. University of Pittsburgh Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctv1ghv4s4>.
- Grimes, David Robert. 2019. „A dangerous balancing act“. *EMBO reports* 20 (8): e48706. <https://doi.org/10.15252/embr.201948706>.
- Grimm, Jannis Julien, Kevin Koehler, Ellen Lust, Ilyas Saliba, und Isabell Schierenbeck. 2020. *Safer field research in the social sciences: a guide to human and digital security in hostile environments*. 1st ed. SAGE Publishing.
- Grimm, Jannis Julien, und Ilyas Saliba. 2017. „Free Research in Fearful Times: Conceptualizing an Index to Monitor Academic Freedom“. *IdPS-Interdisciplinary Political Studies* 3 (1): 41–75. <https://doi.org/10.1285/i20398573v3n1p41>.
- Holz, Klaus. 2025. *Analyse und Prävention des Antisemitismus in Deutschland*. Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/doi/10.11586/2025067>.

Hüther, Otto, und Otto Hüther. 2023. *Debatten zur Wissenschaftsfreiheit in Deutschland – aktuelle Themen und Positionen und deren historische Einordnung*. 23. WISSENSCHAFTSPOLITIK IM DIALOG. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften.

Latif, Muhammad M. M. Abdel. 2014. „Academic freedom: problems in conceptualization and research“. *Higher Education Research & Development* 33 (2): 399–401. <https://doi.org/10.1080/07294360.2014.881766>.

Lynch, Marc. 2025. „Academic self-censorship under Trump“. Substack newsletter. *Abu Aardvark's MENA Academy*, März 18. <https://abuaardvark.substack.com/p/academic-self-censorship-under-trump>.

Marwecki, Daniel. 2020. *Germany and Israel: Whitewashing and Statebuilding*. Oxford University Press.

Mauthofer, Lilian, und Jannis Julien Grimm. 2025. „Zwischen Wissenschaftsfreiheit und Palästina-Solidarität: Deutsche Hochschulen als umkämpfte Räume“. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 38 (1): 150–68. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2025-2016>.

Nisbet, Erik C., Kathryn E. Cooper, und R. Kelly Garrett. 2015. „The partisan brain: How dissonant science messages lead conservatives and liberals to (dis)trust science“. *Annals of the American Academy of Political and Social Science* (US) 658 (1): 36–66. <https://doi.org/10.1177/0002716214555474>.

Nogrady, Bianca. 2021. „‘I Hope You Die’: How the COVID Pandemic Unleashed Attacks on Scientists“. *Nature* 598 (7880): 250–53. <https://doi.org/10.1038/d41586-021-02741-x>.

Olbrisch, Miriam. 2025. „Academic Freedom Index: Wissenschaftsfreiheit in Deutschland unter Druck“. Panorama. *Der Spiegel*, März 13. <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/academic-freedom-index-wissenschaftsfreiheit-in-deutschland-unter-druck-a-7443775c-4a10-4164-a43d-4a509fa73cd9>.

Rosenstock, Linda, und Lore Jackson Lee. 2002. „Attacks on Science: The Risks to Evidence-Based Policy“. *American Journal of Public Health* 92 (1): 14–18. <https://doi.org/10.2105/AJPH.92.1.14>.

Samoilenko, Sergei A., und John Cook. 2024. „Developing a Critical Response to Ad Hominem Attacks Against Climate Science“. *American Behavioral Scientist*, März 28, 00027642241240352. <https://doi.org/10.1177/00027642241240352>.

Schäfer, Karsten. 2024. „Schwerpunkt: Wissenschaftsfreiheit unter Druck“. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 34 (3): 373–78. <https://doi.org/10.1007/s41358-024-00394-6>.

Seeger, Christina, Lena Frischlich, Magdalena Obermaier, Ursula K. Schmid, und Heidi Schulze. 2024. *Hate Speech und Angriffe auf Wissenschaftler*innen: Ein Forschungsüberblick*. Transfer Unit Wissenschaftskommunikation.



Telhami, Shibley, und Marc Lynch. 2025. „Middle East Scholar Barometer“. University of Maryland: Critical Issues Poll. <https://criticalissues.umd.edu/middle-east-scholar-barometer>.

Ullrich, Peter. 2012. „Antisemitismus, Antizionismus und Kritik an Israel in Deutschland : Dynamiken eines diskursiven Feldes“. In *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*.

Ullrich, Peter. 2023. *‘BDS Today Is No Different from the SA in 1933’: Juridification, Securitisation and ‘Antifa’-Isation of the Contemporary German Discourse on Israel–Palestine, Antisemitism and the BDS Movement*. https://doi.org/10.1007/978-3-031-16266-4_10.

Välvirronen, Esa, und Sampsa Saikkonen. 2021. „Freedom of Expression Challenged: Scientists’ Perspectives on Hidden Forms of Suppression and Self-Censorship“. *Science, Technology, & Human Values* 46 (6): 1172–200. <https://doi.org/10.1177/0162243920978303>.

Wachs, Sebastian, Manuel Gámez-Guadix, und Michelle F. Wright. 2022. „Online Hate Speech Victimization and Depressive Symptoms Among Adolescents: The Protective Role of Resilience“. *Cyberpsychology, Behavior, and Social Networking* 25 (7): 416–23. <https://doi.org/10.1089/cyber.2022.0009>.

Wiener, Antje. 2024. „Staatsräson: Empty Signifier or Meaningful Norm?“ *Verfassungsblog*, advance online publication, Januar 12. <https://doi.org/10.59704/5990f98b96c26ee3>.

